

Buchbinder-Zeitung

Ersteinst Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal zzgl. Postgebühren. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 69, Potsdamerdamm 231.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Beitzelle 30 Pf.,
Stellungsliste 20 Pf.; für Ber-
bandsmitgließer 20 Pf.; Verlam-
mungsanzeigen 10 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 45.

Berlin, den 7. November 1908.

24. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der Vorstand hat beschlossen, zur Stärkung der Verbandskasse eine freiwillige Extrasteuer zu erheben und die Zahlstellen und Gänge zu eruchen, aus ihren Lokalkassen der Verbandskasse Gelder zuzuführen. Die Begründung für diese Maßnahme haben wir in dem in dieser Nummer enthaltenen Aufruf gegeben, den wir der Beachtung und Nachachtung dringend empfehlen.

2. Nachstehend benannte Mitglieder eruchen wir, ihre Mitgliedsbücher uns umgehend einzusenden: Wilhelm Bomm, B.-Nr. 56 087; Theodor Buchholz, B.-Nr. 52 675; Hermann Ofke, B.-Nr. 49 924; Oswald Weisenborn, B.-Nr. 19 377. Die örtlichen Funktionäre bitten wir zutreffendfalls die genannten Mitglieder auf unser Eruchen hinzuweisen und auf dessen Erfüllung zu achten.

3. Da im Laufe dieses Monats ein neues Adressenverzeichnis herausgegeben werden soll, so eruchen wir die Bevollmächtigten dringend, uns etwaige Adressenänderungen bis spätestens zum 16. November angeben zu wollen. Da in früheren Fällen die Änderungen leider vielfach später als zu dem angelegten Termin einliefen und zum Teil nicht mehr ins Verzeichnis aufgenommen werden konnten, wodurch das Adressenverzeichnis besonders für unsere wandernden Kollegen an Wert einbüßte, so mahnen wir die Bevollmächtigten nochmals dringend zur rechtzeitigen Einsendung der Adressenänderungen.

Der Verbandsvorstand.

An die Verbandsmitglieder!

Werte Kollegen und
Kolleginnen!

Es ist eine ernste Zeit, in der wir leben, und die Krise, die so schwer auf unserem ganzen Wirtschaftsleben lastet, trifft auch unser Gewerbe in allen seinen Verzweigungen mit voller Wucht. Die Arbeitslosigkeit hat einen hohen Grad erreicht und um so wohlthuender wirkt für die davon betroffenen Mitglieder unsere Arbeitslosenunterstützung. Was für die Mitglieder ohne Zweifel als Wohltat wirkt, belastet aber naturgemäß die Verbandskasse. Das weisen die für die

Arbeitslosenunterstützung unserer Mitglieder

verausgabten Summen aus, die sich folgendermaßen gestalten: 1906 an 2417 Mitglieder für 57 947 Arbeitslosentage 60 913 Mk., 1907 an 2809 Mitglieder für 78 828 Arbeitslosentage 82 508 Mk., dagegen 1908 allein in den ersten beiden Quartalen für 58 789 Tage 63 124 Mk., gegen 36 346 Tage und 39 290 Mk. im gleichen Zeitraum 1907. Wahrscheinlich werden wir in diesem Jahre insgesamt an Arbeitslosenunterstützung zirka 120 000 Mk. zu verausgaben haben, also ungefähr rund 40 000 Mk. mehr wie im Vorjahre. Mit dem 1. Oktober d. J. ist auch

die Krankenunterstützung für männliche Mitglieder

in Kraft getreten, insofern mit rückwirkender Kraft, als auch alle vor dem 1. Oktober 1907 geleisteten niederen Beiträge, die nicht auf Krankenunterstützung berechnet waren, jetzt mit in Anrechnung kommen. Da in Krisenzeiten infolge der geringeren Verdienstverhältnisse und der damit verbundenen schlechteren Ernährungsweise, Krankheiten sich mehren, so werden wir auch in dieser Beziehung mit höheren Ausgaben als in normalen Zeiten zu rechnen haben.

Es bedarf keines Beweises, daß es in solchen Krisenzeiten zwingendes Gebot für die Gewerkschaften ist, sich mit aller Macht gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu wehren, da bei Eintritt solcher Verschlechterungen die Kaufkraft der breiten Massen geschädigt und rückwirkend weitere Produktions-einschränkung und vermehrte Arbeitslosigkeit dadurch hervorgerufen wird. Deswegen mußte unser Verband dem Versuch der Pforzheimer Etuisfabrikanten, eine zehnprozentige Lohnreduktion zu erzwingen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, wodurch es zu der bekannten 13wöchigen

Ausperrung der Pforzheimer Etuisarbeiter kam. Die Lohnreduktion wurde von unserem Verbands siegreich abgelehnt, kostete ihn aber ganz bedeutende Summen, die man alles in allem auf 80 000 Mk. beziffern kann.

Die sogenannte „Provinz“ wird immer mehr in Streiks und Ausperrungen hineingezogen, was bei der Ausbreitung der scharfmacherischen Arbeitgeberorganisationen kein Wunder ist. Aus der nachfolgenden langen Liste von Städtenamen, die da besagt, wo wir seit dem Jahre 1904 Streiks oder Ausperrungen in allen Branchen durchzuführen hatten, geht der schlagende Beweis für diese Behauptung hervor. Es kamen in Betracht die Städte: Nachen, Annaberg-Buchholz, Berlin, Bielefeld, Brandenburg, Dessau, Dortmund, Dresden, Eisenberg, Erfurt, Erlangen, Falkenstein, Gärth, Gotha, Grünstadt, Hagen, Hamburg, Heilbronn, Herford, Karlsruhe, Kassel, Königsberg, Kempfen, Kaufbeuren, Leipzig, Luckenwalde, Magdeburg, München, Neu-Babelsberg, Neu-Ruppin, Norden, Nürnberg, Pforzheim, Reutlingen, Spremberg, Stuttgart, Straßburg und Würzburg. Hierbei sind alle diejenigen Lohnbewegungen nicht inbegriffen, die ohne Streik und Ausperrungen verliefen. Es muß somit die früher und jetzt auch noch oft geäußerte Ansicht: die sogenannte „Provinz“ und „Nebenbranchen“ kämen in unserem Verbands nicht auf ihre Rechnung, als durchaus irrtümlich zurückgewiesen werden.

Die Ausperrung unserer schwedischen Kollegen

in Stockholm und Esfilstuna, die nun schon seit dem 13. Juli dauert, gab den dem Internationalen Buchbinder-Sekretariat angeschlossenen

Verbänden Veranlassung, ihre Solidarität durch Zuwendung von Unterstützungsgeldern an den schwedischen Verband zu bezeugen. Auch unser Verband hat sich im gleichen Sinne betätigt, ohne daß wir bis jetzt an die Kollegenschaft herantraten: durch Sammlungen oder

Zuwendungen aus den Lokalkassen an die Verbandskasse

die dadurch erforderlich werdenden Ausgaben zu decken, wie es sonst üblich war. Wir eruchen dringend, das jetzt aber nachholen zu wollen.

Kollegen und Kolleginnen! Ihr werdet zugestehen müssen, daß durch alle vorstehend genannten Verpflichtungen unsere Verbandskasse stark in Anspruch genommen wurde. Zwar hat sie bisher allen Ansprüchen Genüge leisten können, allein die Zunahme unseres Massenbestandes ist keine solche, die uns und Euch befriedigen kann, zumal hohe Ausgaben und opfervolle Kämpfe auch in der Zukunft zu erwarten sind. Wir sind der festen Überzeugung, daß Ihr den Verband stark und mächtig erhalten und in einer gutgefüllten Kasse ihm die Mittel zur Verfügung stellen wollt, um nach wie vor allen seinen hohen Aufgaben gerecht werden zu können.

Wohlan! Von dieser Überzeugung ausgehend, treten wir an Euch heran und eruchen Euch dringend, neben den Zuwendungen aus den Lokalkassen durch

eine freiwillige Extrasteuer

die Verbandskasse so zu stärken, daß wir alle mit ruhiger Zuversicht der Zukunft entgegensehen können. Wir wählen die freiwillige anstatt der obligatorischen Extrasteuer, weil die Krise die Ungleichmäßigkeit des Einkommens noch verschärft hat und wir die tragfähigen Schultern, die gut und besser Verdienenden, hauptsächlich mit der Extrasteuer belasten möchten. Es soll jeder nach Vermögen sich an der Extrasteuer beteiligen und keiner sich von der moralischen Verpflichtung, sie zu zahlen, drücken. Nur anerkannt schlechte Verdienst- und sonstige Verhältnisse könnten höchstens als Entschuldigungsgrund dienen.

In der Einigkeit und der Opferwilligkeit der Arbeiterschaft ruht ihre Stärke! Niemals würde die Arbeiterbewegung, würde unser Verband den hohen Aufschwung während der letzten Jahrzehnte erreicht haben, wenn nicht dies Bewußtsein sich immer wieder in ihnen durchgerungen hätte.

Eine gute Tat trägt den Lohn in sich. Fragt daher nicht, was gibt der, was gibt jene, sondern bedenkt den guten Zweck, vergeßt nicht, daß alle Beiträge, auch die dem Verbands freiwillig zustießen, allen Mitgliedern wieder indirekt zugute kommen in Gestalt von Unterstützungen oder durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aller Orten.

Gebt daher schnell, reichlich und willig; ein solches Beispiel wird anspornend wirken!

Zur Erhebung der freiwilligen Extrasteuer geben wir **Marken à 10 und 20 Pf.** heraus, die bei allen Bevollmächtigten zu erhalten sind. In welcher Weise diese Marken vertrieben werden — ob in den Werkstätten, bei Versammlungen, Sitzungen, Festlichkeiten, durch Sammellisten, Hauskaffieren usw. —, wollen wir den Bevollmächtigten überlassen. Je nach den örtlichen Verhältnissen mögen sie den Vertrieb organisieren. Aber auch bei dieser Gelegenheit wollen sie niemals veräumen, im Interesse der Mitglieder zum **Uebertritt in die höheren Beitragsklassen anzufragen**.

Ueber die Berechnung der Extramarken und sonstiges werden wir den Bevollmächtigten bei Zufassung der Marken entsprechende Anweisungen geben.

Ueberläßt es aber nicht nur den Bevollmächtigten und sonstigen Funktionären, für die Einhebung der freiwilligen Extrasteuer und den Markenverkauf zu sorgen, sondern alle Kollegen und Kolleginnen müssen sich für verpflichtet halten, dahin zu wirken, daß die freiwillige Extrasteuer eine ertragreiche und dadurch aufs neue bestätigt wird, daß den Mitgliedern kein Opfer zu hoch ist, wenn es die Stärkung unseres Verbandes gilt.

Der Verbandsvorstand.

Die Tarif-Bewegung im Rheinland.

bg. Der geplante Bier-Städte-Tarif ist als gescheitert zu betrachten. Die bisherigen Verhandlungen haben ergeben, daß die herkömmlichen Verhältnisse in den vier Städten noch zu große Unterschiede aufweisen und speziell die Herren Prinzipale zu keiner Einigung miteinander kommen konnten. Dagegen haben sich die Köhler und Düsseldorf-Prinzipale dahin geeinigt, etwas Gemeinsames zu schaffen. Am Donnerstag, den 21. Oktober, hat eine Sitzung der Düsseldorf-Gehilfenvertreter mit den Vertretern der Buchbindermeister in Düsseldorf stattgefunden. Diese hat indessen zu keinem Ergebnis geführt, weil einmal infolge eines Irrtums unserer Tarifkommission nicht das Gegenangebot der Buchbindermeister zugestimmt war, dann auch weil sich die Gehilfenvertreter an die bisherigen Verhandlungen mit der Köhler-Zentrale gebunden erachteten und sich zu Sonderverhandlungen mit einem Teil der Prinzipale nicht für berechtigt hielten. Mündlich teilten dann die Prinzipalsvertreter ihr Gegenangebot mit, dabei betonend, daß sie in enger Fühlung mit ihren Köhler-Kollegen ständen und in jeder Beziehung

Aus den Lehrjahren.

Erzählung von Robert Schweichel.
(Fortsetzung.)

Am einer solchen Versammlung willen befand sich auch heute der ehemalige Bürgermeister auf der Promenade, über welche der weisheit zum Securer sich hinabstreckende Weg nach Genf führte. Unmählich fanden sich denn auch die Gedächtnisse bei der Bank ein, auf der Mauseher inzwischen Platz genommen hatte. Auch Ludwig Mellinger kam, ein Mann, der sich einen Bauch anzulegen begann, und eine Nase, die sich kühl zwischen scharf blidenden schwarzen Augen vorbog. Zuletzt erschien Schwandel in Begleitung des Sachsen, dessen Vorstellung die bisher wortfarge Unterhaltung einigermaßen belebte.

„Na, denn können wir ja wohl anfangen, mein Herren!“ meinte Mauseher nach einem Blick auf seine goldene Taschenuhr.

Alle Augen richteten sich gespannt auf Mellinger. Dieser griff auch wie gewöhnlich nach seiner Brusttasche, begann sich aber und ließ die Hand wieder sinken. Die Anwesenheit Delmanns, den er, wenn auch verstoßen, so doch scharf musterte, machte ihm Zwang antun. „Ich habe nichts vorzubringen,“ sagte er.

„Endlich einmal ein weißer Tag in unserem Sündenregister; den wollen wir rot anstreichen,“ rief Schwandel und erweckte damit die Heiterkeit der übrigen.

„Dann möchte ich Ihnen etwas mitteilen,“ rief Arnold Reuter. „Ich habe heute früh einen Brief aus London erhalten.“

„Von wem?“ fragten mehrere zugleich.
„Von meinem Freunde und Landsmann, der aus Genf und der Schweiz ausgewiesen wurde, weil

solidarisch seien. Das Angebot war in der Hauptsache folgendes: Tarifliche Festlegung der 9½stündigen Arbeitszeit und folgende Lohnsätze für Gehilfen:

Zum 5. und 6. Jahre der Berufstätigkeit	19.— Mf.
In den zwei weiteren Jahren	21,50 „
„ „ „ „	23 „
„ „ „ „	25 „
„ „ „ „	26 „

„Dann als höchster Minimallohn . . . 26.—“ Die Unternehmer erklärten dann noch, daß dieses auch das Angebot der Köhler sein würde. Die Herren Buchdruckerprinzipale hätten erst noch eine Versammlung. Dann wurde die Sitzung vertagt auf die am 29. Oktober in Köln stattfindende gemeinsame Verhandlung.

Wald darauf ging dem Vorsitzenden der Tarifkommission, dem Kollegen Kaiser-Köln, denn auch die Einladung zu dieser gemeinsamen Sitzung sowie das Angebot der vereinigten Prinzipalsorganisationen zu. Dieses lautete im wesentlichen wie folgt. Löhne für Gehilfen:

Zum 5. Jahre der Berufstätigkeit	18,50 Mf.
(Alter Köhler Tarif 18.— Mf.)	
In den zwei folgenden Jahren	21,50 „
(Alter Köhler Tarif 21.— Mf.)	
In den zwei folgenden Jahren	23.— „
(Alter Köhler Tarif 22,50 Mf.)	
In den zwei folgenden Jahren	24,50 „
Nach dieser Zeit	25,50 „
(Alter Köhler Tarif 24.— Mf.)	

Zum Vergleich diene oben wiedergegebenes Düsseldorf-er Angebot und unser Tarientwurf in Nr. 37 der „Buchbinderzeitung“.

Für Nebenarbeit sollen 25 Proz., für Sonn- und Feiertagsarbeit 50 Proz. Aufschlag gewährt werden. Außerdem sollte noch eine Regelung der Hilfsarbeiterfrage angestrebt werden, indem folgende Arbeiten als solche bezeichnet werden, die von Hilfsarbeitern verrichtet werden dürfen. Besäen, Weiden, Falzen, Nummerieren, Perforieren, Anschmieren, Stanzen, Martonnagenarbeiten ohne Zuschneiden, Einlegen an allen in Betracht kommenden Maschinen oder ähnlichen Arbeiten. Weiter aber sollen weder für Hilfsarbeiter noch Arbeiterinnen tarifliche Bestimmungen getroffen werden.

Es scheint also, als wenn sich die bisher zu beobachtende Indifferenz dieser Kollegen und Kolleginnen gegenüber den Organisationsbestrebungen schon sehr bald rächen wird.

In der am 29. Oktober, abends 5 Uhr, stattgefundenen von Prinzipals- und Gehilfenvertretern der beiden Städte Köln und Düsseldorf besuchten Sitzung erklärten die Gehilfenvertreter, daß sie das Lohnangebot der Prinzipale nicht als ernstgemeint ansehen könnten. Mit 50 Pf. Lohnerhöhung nach einer fünfjährigen Tarifdauer würden sich die Kollegen auf keinen Fall zufrieden geben, sondern ihre Vertreter mit Schimpf und Schande davonjagen,

wenn diese ein solches Angebot akzeptieren würden. Bevor daher über die weiteren Punkte des Tarifs verhandelt würde, müßte erst Klarheit über die Lohnsätze herrschen. Es erfolgte eine ausgiebige Diskussion über die Löhne, und zogen sich nach derselben die Herren Prinzipalsvertreter zur Beratung zurück. Das Ergebnis derselben, an dem nichts mehr zu ändern und zu diskutieren sei, war folgendes: Erstens Löhne:

Zum 5. Jahre der Berufstätigkeit 19,50 Mf., in den zwei folgenden Jahren 22,50 Mf., in den zwei folgenden Jahren 24,50 Mf., dann 26.— Mf.

Spezialarbeiter sollen wegfallen und 9½stündige Arbeitszeit tariflich festgelegt werden.

Die Herren Prinzipalsvertreter ließen zu diesem Angebot erklären, daß sie nicht eher zur Weiterverhandlung bereit seien, bis die Gehilfenvertreter dieses angenommen hätten. Von Seiten der Gehilfenvertreter wurde dann noch versucht, die Herren zur Annahme einer fünften Position von 28,50 Mf. zu bewegen, um den älteren Kollegen bei eventuellem Stellenwechsel einen günstigeren Minimallohn zu garantieren. Aber die Prinzipalsvertreter lehnten diesen Vorschlag ab. „Die älteren Gehilfen würden ohnehin bei Annahme des Tarifs aufgefressen.“ Nun standen die Gehilfenvertreter vor einer sehr schweren Entscheidung. Sollten sie den Vorschlag der Prinzipale ablehnen, das Zustandekommen des Tarifs vereiteln und eine Periode schwerer Kämpfe heraufbeschwören oder mit dem von Seiten der Gehilfenschaft jedenfalls als ungenügend bezeichneten Tarif sich zufrieden geben? Sie faßten folgende Resolution:

„In Anbetracht der augenblicklichen Krisis erklären die anwesenden Gehilfenvertreter von Köln und Düsseldorf, sich mit den Löhnen, wie solche prinzipalsseitig vorgeschlagen sind, nur dann einverstanden, wenn nach Ablauf von 2 Jahren eine Zulage auf die ersten drei Positionen von je 1,00 Mf., auf die vierte Position von 1,50 Mf. erfolgt.“

Diese Resolution wurde den Unternehmern unterbreitet. Sie fand jedoch keine Gegenliebe, und wären somit die Verhandlungen als abgebrochen zu betrachten gewesen. Die Gehilfenvertreter gaben die Erklärung ab, daß sie sich nicht kompetent fühlten, sich in der einen oder anderen Richtung zu entscheiden. Sie beantragten daher, die Sitzung zu vertagen, um der Gehilfenschaft die Prinzipalsvorschläge unterbreiten zu können. Demgemäß wurde auch beschlossen, wobei seitens der Prinzipalsvertreter zugestimmt war, auch ihrerseits unsere Resolution ihren Auftraggebern zu unterbreiten. Nachdem noch von beiden Seiten verschiedene sachliche Erklärungen abgegeben wurden, so unsererseits, daß die Köhler Martonnagenarbeiterschaft gesondert vorgehen würde, während von Herrn Vog-Düsseldorf erklärt wurde, daß in letzterer Stadt die Martonnagenbetriebe seiner Organisation angehören

ihn die deutsche Polizei bei der Bundesregierung in den albernem Verdacht gebracht hatte, daß er einen Einfall in Deutschland an der Spitze der Flüchtlinge beabsichtige. „Ihr kennt ihn ja all“, wenigstens dem Namen nach.“

„Die Reaktion verrät durch ihr schlechtes Gewissen ihre Schwäche,“ rief der Sachse, indem er seinen blöden Schmutzbar wie herausfordernd drehte.

„Eder ihre Dumtheit und Niedertreue,“ fügte der Arbeiter Hofe mit einem Seitenblick auf Delmann hinzu.

Reuter hub fort: „Er schreibt mir, daß die Partei Hinkel unter den dortigen Flüchtlingen jemand nach Amerika jama-n will, um Geld für einen Revolutionsfonds zu sammeln.“

„Bravo!“ rief Delmann.

„Es sollen dorwärts in erster Reihe die Bedürftigen unter den Flüchtlingen unterstützt werden. Das wichtigste aber: Ihr kennt das kommunistische Manifest, das mit der Aufforderung schließt: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Wohlau, der Anfang dazu ist in London gemacht worden. Karl Marx und seine Freunde haben einen internationalen Bund, eine internationale Association ins Leben gerufen, die bereits unter den Engländern, Franzosen, Italienern und Deutschen zahlreiche Mitglieder zählt.“

Diese Nachricht wurde von der Mehrzahl der Anwesenden mit lebhaftem Interesse aufgenommen. Delmann, der mit sichtlich Spannung zugehört, rief: „Bravo! bravo!“ Mellinger schüttelte den Kopf und Mauseher stieß einen grunzenden Ton aus.

„Und das Ziel dieses internationalen Bundes?“ fragte Delmann begierig.

Hofe lachte zornig auf.

„Das Ziel?“ wiederholte Reuter verwundert.

„Aber die Befreiung der arbeitenden Klasse in allen Ländern.“

„Vortrefflich! Man hat Ihnen die Satzungen des Bundes geschickt?“ fragte Delmann, der diese Frage an Reuter richtete.

Hofe kam dessen Antwort zuvor: „Sie sind merkwürdig unwillig in diesen Dingen. Haben Sie sich denn in Zürich nie mit der sozialen Frage beschäftigt? Sind Sie denn dort nie im Arbeiterverein gewesen?“

Dem Sachsen stieg die Röte der Verlegenheit in das Gesicht.

Die Glocken verkündeten das Ende des Gottesdienstes. Ludwig Mellinger zog den Arbeiter beiseite und fragte ihn, was er von Delmann wisse.

„Nicht mehr als das, was Schwandel bei seiner Vorstellung sagte. Aber ich werde mich nicht damit zufrieden geben.“

„Na, dann hätten wir heute wohl nichts mehr zu besprechen? Guten Morgen, meine Herren!“

Mit diesen Worten erhob sich der ehemalige Bürgermeister von der Bank.

„Da kommen Ihre Frau und Fräulein Frida aus der Stadt,“ rief Schwandel.

Drei weibliche Gestalten tauchten in der Allee auf, von dem Sonnenstrahl, der sich durch das Laub hahlte, mit goldenen Lichtflecken überkreuzt, wie sie sich leichten Schrittes näherten. Frida, die ein helles Sommerkleid trug und einen mit Malglücken geschmückten italienischen Strohhut, eilte zuletzt der Mutter voraus und streckte dem Vater schon von weitem beide Hände entgegen.

„Papa, wir kommen Dich abholen,“ rief sie, während ihr von Jugend und Gesundheit blühendes Antlitz sich bei den Grüßen der Flüchtlinge höher rötete. Sie dankte diesen mit einem kurzen Kopfnicken und fuhr fort: „Das Wetter ist so schön und Mama meinte, wir sollten nach der Kirche nicht gleich nach Hause gehen.“

„Gut, dann können wir ja auch noch vor dem Essen einen Spaziergang machen,“ meinte der Vater

und den abzuschließenden Tarif jedenfalls als für sich bindend betrachten würden, wurde vereinbart, daß uns die Prinzipale bis zum 7., spätestens 10. November Antwort geben würden und dann seitens der Gesellschafter dazu Stellung zu nehmen ist. Darauf schloß Herr Dr. Seemann nach einigen Dankesworten die Sitzung.

Zu bemerken ist, daß dieses Mal die Verbandsvertreter, Gvoenhoff von unserem und Hornbach vom christlichen Verband, zu der Sitzung mitgeladen waren und natürlich daran teilnahmen. Damit ist das Wissensverstehe der Kollegenschaft unterbreitet. Sie kann daraus den Schluß ziehen, daß die Möglichkeit erster und schwerer Kohnkämpfe noch immer offen steht. Speziell für München ist dieses nach den von den dortigen Unternehmern gemachten Vorschlägen ziemlich sicher. Es hat auch dort schon eine Verhandlung stattgefunden, der bald eine weitere folgen soll. Hoffen wir, daß die Aachener Prinzipale auch noch ein größeres Entgegenkommen zeigen werden. Vorläufig wollen wir uns daher auch noch jeder öffentlichen Kritik enthalten und die nächste Versammlung abwarten. Der Kollegenschaft, speziell in den beteiligten Städten, aber rufen wir zu:

Seid bereit!

Arbeiterrecht.

a. r. Der Gedanke des Arbeiterrechts kann innerhalb der bestehenden Gesellschaft nur in beschränktem Umfang zur Geltung kommen. Nicht als befreiendes Prinzip, nur als Einschränkung entgegenstehender herrschender Prinzipien vermag es sich durchzusetzen. Und in der Hauptsache kann es heute nichts anderes sein, als die rechtlich festgelegte kapitalistische Organisation des Arbeiterverhältnisses.

Trotzdem ist es aus praktischen Gründen eine notwendige Aufgabe der Gesetzgebung, die seit hundert Jahren bruchstückweise entstandenen, teilweise einander widersprechenden arbeiterrechtlichen Vorschriften einheitlich zusammenzufassen und unter Ausbeutung des Ueberlebten zu einem systematisch aufgebauten Werke zu gestalten.

Heute haben wir arbeiterrechtliche Vorschriften im Bürgerlichen Gesetzbuch, hauptsächlich in dem Titel vom Dienstvertrag, und in anderen privatrechtlichen Reichsgesetzen; in der Gewerbeordnung mit ihren zahllosen Nachträgen und Ausführungsverordnungen, in der Zivildroß- und Kontursordnung; in den Arbeiterversicherungs-gesetzen und dem Hilfszassen-gesetz — ferner in einer ganzen Reihe von Landesgesetzen: Berg-, Gefinde- und anderen Ordnungen. Teils bilden sie den Hauptgegenstand, teils mehr oder minder wesentliche Bestandteile oder nur beiläufiges Nebenwerk der betreffenden Gesetze. Mitunter stehen einzelne Bestimmungen zueinander im Gegensatz: so die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Lohn-einbehaltung und Lohnabzüge zu dem Verbot der Aufrechnung auf den Lohn im Bürgerlichen Gesetzbuch oder wie die Beseitigung des Zuchtigungsrechts

der „Gerrschafft“ durch das Einführungs-gesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch und die durch die Praxis der preussischen Staatsanwälte aufrechterhaltenen entgegenstehenden Bestimmungen der Gefindeordnungen. Selbst die Arbeiterversicherungs-gesetze untereinander sind vom Widerspruch nicht völlig frei. Dadurch leidet die Rechtssicherheit, und die Rechtskenntnis wird erschwert. So ergibt sich die vorwiegend formelle Aufgabe der Kodifizierung, der Schaffung eines planmäßig gegliederten Systems des Arbeiterrechts.

Nicht, als ob wir gerade jetzt die Vollenbung dieses Werkes als besonders dringlich anzusehen oder gar besonderen Eifer dafür zu entfalten hätten. Unter der Flagge der Regierung des Bundes der Landwirte und des Zentralverbandes deutscher Industrieller kann von einem Beruf unserer Zeit zur sozialen Gesetzgebung nicht gesprochen werden, wie die Erinnerung an so manche unglückselige Vorlage und die Aussicht auf die bevorstehenden „Sozialreform-gesetze“ klarlich betonen. Immerhin bleibt diese Aufgabe als logische Notwendigkeit wie als praktisches Bedürfnis bestehen, wenn auch erst für eine spätere, auf gesünderem Grunde bauende Arbeitergesetzgebung.

Solch ein zusammenhängender Bau des Arbeiterrechts müßte das ganze Gebiet des öffentlich-rechtlichen sozialpolitischen, wie der privatrechtlichen Arbeitergesetzgebung einschließen. Vor allem und in vollem Umfange das weite Gebiet des Arbeitsvertrags, gleichviel, ob er unter die heutige Form des „Dienstvertrags“ fällt oder als Werkvertrag (so beim Affordkolonnenvertrag, der Hausindustrie u. a.) angesehen wird. Nicht nur den gewerblichen Arbeitsvertrag, auch das Recht des Schiffsmannes, des Landarbeiters, des Handlungsgehilfen, des Privatbeamten, des Künstlers, des Staatsangestellten, des Hauspersonals. Dazu auch die das privatrechtliche Arbeitsverhältnis näher regelnden Vorschriften über Lehrlingswesen, Lohnzahlung, Saftpflicht usw. Weiter die Regelung der Besonderheiten des Großbetriebs: Arbeitsordnungen und Arbeitervertretung, Werkswohnungen, Pensionskassen u. a. Hier gilt es, das Menschenrecht des Arbeiters zu schützen, nicht gegen die Notwendigkeiten der Betriebsdisziplin, die auch wir anerkennen, sondern gegen die kapitalistische Eigenart und den überpannten Herrndünkel der Industriearbete.

Der Arbeitsvertrag steht auf der Grenzschiede zwischen privatem und öffentlichem Recht. Ersteres regelt hauptsächlich die privaten Interessen der einzelnen, die geldwerten Güter, die der freien Verfügung der einzelnen überlassen sind. Darum sein vorwiegend dispositiver, der Abänderung durch die Beteiligten zugänglicher Charakter. Das Arbeitsrecht greift über diese rein vermögensrechtliche Seite hinüber in das Gebiet des öffentlichen Rechts, das die Interessen der Gesamtheit regelt und darum im wesentlichen zwingende Vorschriften enthält. Handelt es sich hier doch neben den rein vermögensrechtlichen um die wichtigsten Persönlichkeitsangelegen-

heiten des Arbeiters. Die Arbeit, die er nach freier Willkür zu leisten hat, ist eine Betätigung seiner ganzen Person, von ihr nicht zu trennen. Seine Gesundheit und Arbeitskraft, Familienleben und sittliche Entwicklung, persönliche und bürgerliche Freiheit hängen ab von der Art, der Regelung, dem Ertrag seiner Arbeit. Sie verlangen bindende, der „Freiheit“ des Arbeiters, d. h. dem Einfluß kapitalistischer Uebermacht, entzogene Regelung. Um so mehr gilt das heute, da die arbeitende Klasse den größeren, noch rasch anwachsenden Teil der Bevölkerung ausmacht, ihre Interessen mithin immer mehr mit denen der Gesamtheit sich decken.

Diese Regelung ist die Aufgabe der Arbeitergesetzgebung. Sie soll, da der Arbeiter allein dazu nicht imstande ist, den Arbeitsvertrag, entgegen den Ausbeutungstendenzen des kapitalistischen Betriebs, in den Schranken halten, die das Lebensinteresse der Gesellschaft erfordert.

Die Gesetzgebung leistet hier für die widerstands-unfähigen Schichten der Arbeiterklasse, was zumeist schon deren Kampf- und organisationsfähigen Teile aus eigener Kraft erringen haben. So wirkt die Arbeiterorganisation als Mahndrechein des Arbeiterschubes. Und überall bedarf es zur Verwirklichung der papierenen Schutzgesetze der lebendigen Mitwirkung, des Drängens der Arbeiterorganisation. Schon darum ist die Sicherung der Koalitionsfreiheit, ihre Fortbildung aus bloßer Straflosigkeit zum wirksamen, anerkannten und gegen Unterdrückungsbestrebungen geschützten Koalitionsrecht geboten, nicht minder dessen Ausdehnung auf alle Arten von Arbeitern unter Beseitigung der noch bestehenden Ausnahme-gesetze und die Beseitigung der zivil- und strafrechtlichen Ausnahmebestimmungen in § 152 Abs. 2 und § 153 der Gewerbeordnung. Damit wäre erst die sachgemäße Grundlage für eine die Gesamtarbeiterklasse umfassende wirkliche Arbeitervertretung in Berufskammern mit behördlichen Funktionen, wie sie schon der sozialdemokratische Arbeitergesetzentwurf von 1877 (wenngleich in paritätischer Form) gefordert hat. Eine weitere Folge ist die Förderung voller Rechtssicherheit der Organisation, ohne die heute für nötig erachteten Levormundungsmaßnahmen zum „Schutz der Gesellschaft“.

Daraus folgt auch die rechtliche Anerkennung der behufs Festlegung der Arbeitsbedingungen von den Organismen geschlossenen Kollektivverträge und der Schutz der Tarife gegen Durchbrechungs-gelüste. Die Idee der „konstitutionellen Fabrik“ (F. A. Lange), als autonomer Einzelorganismus gedacht, womöglich als Vorstufe der „republikanischen“ Form der unabhängigen Produktgenossenschaft, ein kleinbürgerliches Ideal aus der Zeit vor 40 Jahren, ist heute zur Mythe geworden. Die Niesenmacht des Großkapitals, der enge Zusammenschluß der Betriebe haben sie erbrüdt, wie so manches Ideal der alten „Volkspartei“, das vor dem feurigen Dorn des zunehmenden Massengegenzuges dahingeschmolzen ist. Arbeitsordnung und Arbeiterschutz, von denen wohlmeinende Sozialpolitiker feinerzeit sich Großes

und in seinen Mienen schmolz die magistrale Würde, mit der er die Seintigen erwartet hatte.

„Es wird Dir nachher um so besser schmecken,“ versicherte die Mutter, die darüber auch herangekommen war, mit einer weichen Stimme. Obgleich jünger als ihr Gatte, so mochte es wohl die Sorge um diesen, als er ihr durch die politischen Ereignisse so plötzlich entrisen worden, gewesen sein, die ihr braunes Haar frühzeitig mit grauen Fäden durchwoben hatte. Die Spuren davon verrieten sich auch in ihrem etwas hageren Gesicht; und die Freundlichkeit, mit der sie die Größe der Herren, besonders Mellingers, erwiderte, vermochte sie nicht ganz zu vermissen.

Frida schüttelte unterdessen Arnold Meuter kräftig die Hand. Sie kannte ihn unter den Flüchtlingen am besten. War er doch, seitdem sie in Lausanne weilte, ihr Lehrer in der deutschen Literaturgeschichte. Delmann stand dabei. In seinen Mienen war deutlich der Wunsch zu lesen, dem Mädchen vorgezogen zu werden. Aber das Paar achtete seiner nicht, und Schmandel saßte ihn be-lustigt unter den Arm und zog ihn fort, den Freunden nach, die sich schon entfernt hatten. Meuter folgte ihnen, nachdem er zum Abschied seine blinkenden Augen noch einmal tief in Fridas blaue Sterne gesenkt hatte.

„Gerr Kaufchert scheint mir ein recht wohlhabender Mann zu sein?“ fragte ihn der Sachse. Meuter blieb die Antwort schuldig. Angenehmere Gedanken mochten ihn die Frage haben überhören lassen. Schwandol aber sagte:

„Ja, wissen Sie, er hat zwar keinem von uns seinen Kassen-schlüssel anvertraut; aber ich glaube, daß es für uns in seiner Lage ganz angenehm wäre, politischer Flüchtling zu sein. Wovon freisten Sie denn dieses traurige Dasein?“

Delmann protestierte förmlich zurück, und dann wurde er ärgerlich: „Was das für eine Frage ist!“

„Ja, mein Lieber,“ lachte der andere, „ein Narr kann mehr fragen, als zehn Weise zu beantworten vermögen.“

Kaufchert mit den Seinen wandelte in Begleitung Mellingers derweilen gemächlich die Promenade entlang. Frau Kaufchert, die dunkel und schlicht gekleidet war, erkundigte sich bei dem Freunde ihres Mannes, ob er gute Nachrichten aus der Heimat habe.

„Von Hause nicht, aber aus Karlsrube. Und gut sind sie auch gerade nicht. Man schreibt mir, es sei nicht darauf zu rechnen, daß der Großherzog eine Amnestie erlassen werde.“

„Natürlich nicht,“ hohnlachte Kaufchert. „Ein Narr, der darauf etwa hofft.“

Mellinger sah ihn von der Seite an und sagte gebehnt: „Aber er soll geneigt sein, wenigstens hätte er sich in diesem Sinne laut geäußert, dem einzelnen, der sich persönlich an ihn wendet und ihn um Verzeihung bittet, die Rückkehr straffrei zu gestatten.“

„Ach, Mann!“ rief Frau Kaufchert und die freundige Ueberredung leuchtete aus ihren Mienen. „Was soll's?“ schob dieser. Er blieb stehen, stützte sich auf seinen Rohrstock und murzte: „Ich sollt' um Verzeihung bitten für das, was ich aus meiner Ueberzeugung getan habe? Niemals!“

Seine Frau senkte beschämt den Kopf. Mellinger aber sagte gelassen:

„Dient mich mein Geschäft nicht hier fest: ich tät's, alter Freund.“

Und sie gingen stumm weiter.

3.

Als Meuter dem Fräulein Frida die nächste Literaturstunde gab, erfuhr er von der Mutter, die stets dabei zugegen war, daß Johannes Delmann ihrem Gatten einen Besuch gemacht und den Namen vorgezogen worden war. Frau Kaufchert

lobte sein höfliches, feines Benehmen, und Meuter machte unwillkürlich ein finstres Gesicht dazu. Er wußte selbst nur zu gut, daß seine eigenen Manieren gesellschaftlich sehr viel zu wünschen übrig ließen. Der Student schaute bei ihm noch überall heraus. Er war früh verwaist und Frau Kaufchert und ihre Tochter sein erster weiblicher Umgang. Frida beschwor den bösen Geist, indem sie zu dem Lobe der Mutter kühl bemerkte: „Mir ist er zu süß und gelehrt.“

Mit gehobenem Mute begann Meuter Lektionen, die er zu erteilen hatte, den Unterricht, welcher ihm unter den vielen der Liebste war. Nüchtiger müßte man wohl sagen, daß die Schullein ihm die Liebste war. Mit den Dichtern, die er mit ihr las und ihr erklärte, schmichelte sich die Liebe in sein von ihr noch nie berührtes Herz. Fern von Frida über-ließ sich der Freiheitskämpfer wondrous ganz dem süßen, voraussehenden Gefühl, in ihrer Gegenwart aber unterdrückte er es mit männlicher Kraft. Das noch so junge Geschöpf, in dessen unbefangene Heiterkeit sich eine kleine Schalkhaftigkeit mischte, durfte von seiner Leidenschaft nichts ahnen. Was sollte denn auch daraus werden? Er, der Heimatlose, dessen ziemlich geringes elterliches Erbeil die heftige Regierung mit Beschlag belegt hatte, vermochte ja dem geliebten Mädchen keine auch nur einigermaßen gesicherte Zukunft zu bieten. Dennoch kehrte er aus jeder Unterrichtsstunde, deren er wackentlich im Hause des Bürgermeisters zwei gab, mit neuen Wunden zurück. Und jetzt begann noch in dieselben die Eifersucht ihr Gift zu träufeln. Denn er erfuhr, daß Delmann es nicht bei seinem ersten Besuche bei Kaufchert hatte bewenden lassen. Was konnte er dort wollen?

(Fortsetzung folgt.)

für das Reich des „sozialen Friedens“ versprochen, haben sich als Wachs erwiesen, dem der unbeschränkte Kapitalismus seine Gesetze nach Belieben eingräbt, sofern nicht eine starke Organisation der Arbeiter besseres daraus zu machen weiß. Was sie nicht leisten konnten, ist — soweit es im Rahmen des Kapitalismus überhaupt zu leisten ist — Aufgabe des von Organisation zu Organisation zu schließenden Kollektivvertrages geworden. Das bedeutet nicht die Öffnung des taufendjährigen Reiches des sozialen Friedens, sondern, als Preis schwerer Kämpfe, die auch immer wiedererzelen, die Festlegung der Konsequenzen des jeweiligen Machtverhältnisses der beiden feindlichen Mächte Kapital und Arbeit. Je mehr sie dem Trotz des eigengewaltigen Unternehmertums abgerungen werden, um so klarer das gegenseitige Machtverhältnis, um so größer der Anteil der Arbeiter an der Schaffung eines zunächst autonomen, allmählich zur öffentlich-rechtlichen Anerkennung heranreifenden Arbeitsrechts. —

Keiner besonderen Darlegung bedarf hier die soziale Bedeutung der Arbeiterversicherung. Gleich wichtig ist die eine Fülle von Gesetzen und Rechtsverfahren erfordernde Mitarbeit an ihrer Verwaltung und Rechtsprechung wie die organisatorische Arbeit an ihrem Ausbau und der Kampf für Erhaltung und Ausdehnung des heute vorhandenen bescheidenen Maßes von Selbstverwaltung. Die geplante „Reform der Krankenversicherung“ nach Freundlichem Muster würde mit der Auslieferung der Kassen an die Bürokratie das beste Stück der bestehenden Sozialgesetzgebung ins Gegenteil verkehren.

Das letzte Ziel der Arbeiter muß die demokratische Organisation der Gesamtwirtschaft sein: die genossenschaftliche Produktionsweise. Sie entspricht die Förderung jeder gefunden genossenschaftlichen Bestrebung, sowohl in der Selbstverwaltung mit vom Kapital unabhängigen Geschäfts- und Versammlungsräumen als namentlich in Ausbau der Konsumgenossenschaft, die für die Volksernährung von größter Bedeutung ist, zugleich eine Schule wirtschaftlicher Organisation und eine sachgemäße Grundlage für genossenschaftliche Produktion im engeren Rahmen bildet. So wird auch die aus kleinlichem Krämerereignis in Verbindung mit frumpfer Wahlpropaganda und verböhrtem Haß gegen jede aufsteigende Organisation des arbeitenden Volkes entspringende Ausnahmegesetzgebung und der Mißbrauch der staatlichen Verwaltungsmacht zu ungunsten der „sozialdemokratischen“ Konsumvereine aufs schärfste zurückgewiesen werden. Das geschieht am wirkungsvollsten durch planmäßige Unterbringung dieser Bewegung, die auch ein Stück autonomer Organisation des Arbeitervolkes und eine Etappe auf dem Wege zur sozialistischen Organisation der Gemeinschaft darstellt.

Alle diese Kämpfe münden immer wieder in das weite Meer der politischen Aktion. Entspricht dem sozialistischen Endziel der wirtschaftlichen Demokratie an sich und als Vorbedingung seiner Verwirklichung die nähere Aufgabe der Demokratisierung von Staat und Gemeinde, so machen auch schon die gegenwärtigen Lebensbedingungen der Arbeiter diese zur dringenden Notwendigkeit. Wie der Unternehmer eigenmächtig über seinen Betrieb, von dem das Schicksal zahlreicher Arbeiterfamilien abhängt, so entscheidet ohne Mitwirkung des Volkes der Monarch selbstherrlich über die auswärtige Politik, die das Geschick der Millionen bedingt, und über die bewaffnete Macht, das Schutzmittel gegen den inneren Feind, d. h. die zum Selbstbewußtsein und zum Verständnis der Klassenherrschaft erwachten Massen. In letzter Linie regiert natürlich auch hier der Wille der Klassen- und Eliten, die allein die Offiziers- und Diplomatenposten besetzen.

Kaum anders beherrschen sie die innere Verwaltung, die sich aus den engsten Kreisen rekrutiert, damit auch das Gebiet der Rechtszeugung und Rechtsanwendung. Und in Gemeinde und Kommunalverband gebietet das unhohle Zwitterwesen von staatlicher Bevormundung und bürgerlicher Geldsachsherrschaft, beide gleich grimmige, wenn auch im einzelnen Falle öfter gegensätzliche Feinde echter Selbstverwaltung des Volkes wie wirklich gemeinnütziger Verwaltung. Dieser rückwärts zum Schaden des Gemeinwesens schaltenden Oligarchie die öffentliche Macht zu entwenden, sie politisch zu expropriieren, wird zur Lebensbedingung für die Entwicklung der arbeitenden Klassen. Erst damit gewinnen sie die freie Bahn zur Erneuerung von Recht und Gesellschaft, auf die sie nach ihrer Zahl wie nach ihren Leistungen für die Gesellschaft Anspruch haben.

Bereits hat sich ja die Arbeiterschaft in bescheidenem Maße einen Anteil an der Rechtspflege erworben. Als Gewerke, als Schiedsgerichtsbeisitzer, neuerdings auch schon als Laienrichter im Strafverfahren nehmen ihre Glieder teil an der Rechtsanwendung, als Parlamentarier an seiner Schaffung und der Kritik seiner Anwendung. So gewinnt die Rechtskunde für den organisierten Arbeiter mehr und

mehr eine andere Bedeutung als zu der Zeit, da er nur Objekt eines fremden, nur von Klassengegnern geschriebenen und geschöpften Rechtes war. Die Sozialgesetzgebung hat ihm Rechte verliehen. Und die selbstgeschaffenen Organe seiner Rechtshilfe: Rechtsauskunftsstellen und Arbeitersekretariate, lehren ihn, sich seiner Rechte zu bedienen, den Druck und das Unrecht des Kapitalismus nicht noch zu verschlimmern durch Rechtsunwissenheit, die ja nur den Beamten vor Strafe schützt.

Auch die Entwicklung des Strafrechts kann sich diesem Vordringen sozialer Erkenntnis nicht entziehen; zunächst wenigstens die Wissenschaft. Es wächst das Verständnis des sozialen Untergrundes der Kriminalität. Man lernt begreifen, daß die Strafrechtspflege sich nicht darin erschöpfen darf, ein Kampfmittel der Klassenherrschaft zu sein und durch das grausame und unfruchtbar vergeltungsprinzip immer neue Qualen nutzlos zu bereiten. Die herrschende Strafrechtspflege erweist sich als reichsprudelnder Quell immer weiterer Kriminalität. So wird die Erkenntnis geweckt, daß nicht durch Abschreckungsabschütteln erkrankte Volksglieder der Gefangenschaft zugeführt werden können; daß der kapitalistischen Vererbung der physischen und geistigen Lebensquellen entgegengestellt werden muß die Regeneration des Volkslebens durch Wohnungsreform, Jugendfürsorge, Bekämpfung des Alkoholismus usw.

So greifen die Ideen der Arbeiterbewegung, hier als allgemein soziale, dort als speziell arbeiterrechtliche Ziele über auf die versäuberlichen Gebiete des Rechtslebens. Eine Fülle von Aufgaben! Mühsam nur zu lösen — bruchstückweise nur, solange die Klassenherrschaft ihr Szepter schwingt. Aber auch reich an segensreichem Ertrag, der die Mühe lohnt. Und Botschaft für unendlich viel Größeres!

Die Reform der Arbeiterversicherung.

I.

* Ueber den Aus- und Umbau der Arbeiterversicherung ist in den letzten Jahren sehr viel geredet und noch mehr geschrieben worden. Die Reichsregierung will auch endlich dem vielseitigen Drängen gerecht werden und, wie es heißt, in der bevorstehenden Tagung des Reichstages einen Plan der Reform vorlegen.

Man kann in der vielfährigen Reformbewegung zwei Perioden unterscheiden: eine mehr „utopische“, die etwa bis zum Jahre 1902 reicht, und eine wissenschaftlich-praktische. In die erste Periode gehören die Vorschläge des bekannten Sozialpolitikers Schäffle, der schon bei Inkrafttreten der Arbeiterversicherung nur eine Teilung derselben in einem besonderen Zweig für die vorübergehend und einem solchen für die dauernd Hilfsbedürftigen verlangte und zu diesem Zwecke die Unfallversicherung mit der Invalidenversicherung zusammenbringen wollte. Ein anderer Vorschlag von Dr. Knorr ging dahin, Berufsgenossenschaften einzuführen, die sich nicht nur aus Unternehmern, sondern auch aus Arbeitervertretern zusammensetzen und von denen dann Lohnfragen, Arbeitsvermittlung und dergleichen geregelt werden sollte. Ein Sozialpolitiker Seybold schlug eine einheitliche Reichsversicherung vor.

Die neue Periode begann 1903 mit dem vom Reichstag angenommenen Antrag, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, ob nicht eine Vereinheitlichung des gesamten Versicherungswesens vorgenommen werden könnte. Die Sachleute machten sich auch bald daran, neue Vorschläge auszuarbeiten. Dr. Freund, der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Berlin, schlug vor, die Invalidenversicherung mit der Krankenversicherung zusammenzulegen und die Unfallversicherung hübsch für sich weiterbestehen zu lassen. Die Krankenversicherung sollte die Verwaltungsform der Invalidenversicherung erhalten, womit der Einfluß der Arbeiter auf die Geschäftsführung der Krankenkassen beseitigt, während die Selbstherrlichkeit der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften erhalten bliebe. Es ist bemerkenswert, daß im Rahmen dieses fremden Vorschlags sich die gesamte bürgerliche Disziplin der Reformfrage bewegte. Einen eingehend ausgearbeiteten Reformplan veröffentlichte sodann noch u. a. der Zentralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich. Er sah besonders eine vollständige Zentralisation der Krankenversicherung vor.

Die Forderungen, welche die Arbeiter an den Umbau der Arbeiterversicherung zu stellen haben, bewegen sich in vier Richtungen: 1. Vereinheitlichung und Vereinfachung der Versicherung, 2. Demokratisierung der Durchführung der Versicherung vorhandenen Körperschaften, 3. Erweiterung des Kreises der Versicherten und 4. Ausbau der Leistungen.

Was zunächst die Vereinheitlichung betrifft, so muß das Endziel dahin gehen, alle drei Versicherungszweige zusammenzufassen, zum mindesten sie organisch zu verbinden. Eine ganz besondere Zentralisation ist nötig hinsichtlich der Institute zur Durchführung der

Versicherung. Nach dieser Richtung hin sieht es besonders unheilvoll in der Krankenversicherung aus. Wir kennen im Deutschen Reich nicht weniger als 24 000 auf Grund der Krankenversicherungsgesetze errichtete Krankenkassen. Darunter gibt es eine ganze Menge solcher mit weniger als 10 Mitgliedern, ja die Statistik kennt sogar Kassen mit 3 zu 1 Mitgliedern! Daß solche kleine Kassen nicht insstande sind, die Krankenversicherung zweckentsprechend durchzuführen, liegt auf der Hand. Vor allem müssen die Betriebskrankenkassen radikal beseitigt werden, deren Verwaltung meist dem Zweck der Krankenversicherung direkt zuwiderläuft. Gibt es doch eine große Anzahl solcher Kassen, welche die Aufzunehmenden (d. h. die Arbeitssuchenden) einer ärztlichen Untersuchung unterwerfen. Stellt der Arzt (in der Regel der „Vertrauensarzt“ der Betriebskrankenkasse) eine geringfügige Erkrankung fest, so wird der betreffende Arbeiter nicht eingestellt. Hierdurch wird für die kranken Leute der Arbeitsmarkt beschränkt und die Krankenversicherung wird für sie nicht zu einem Vorteil, sondern geradezu zum Verhängnis und zum Fluch. Durch diese Manipulationen werden aber auch die Ortskrankenkassen mit verhältnismäßig mehr kranken Mitgliedern belastet. Das schädliche Ministerium des Innern hat erst kürzlich entschieden, daß die Unternehmer an diesen ärztlichen Untersuchungen nicht gehindert werden können. Die Innungskrankenkassen sind um nichts besser als die Betriebskrankenkassen. Gerade sie werden meist aus politischen Gründen errichtet. Die besten Träger der Krankenversicherung sind die Ortskrankenkassen und sie könnten sehr wohl nach vorausgegangener Zentralisation den gemeinsamen Unterbau für die übrigen Zweige der Arbeiterversicherung bilden. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung läßt sich ebenfalls eine größere Vereinheitlichung durchführen.

Soweit die in Aussicht stehende Erweiterung des Gebietes der Arbeiterversicherung in Frage kommt, insbesondere die Einführung der Witwen-, Waisen- und Rentenversicherung, so ist ebenfalls dem Gedanken der Zentralisation Rechnung zu tragen. Die genannten Erweiterungen der Arbeiterversicherung sind in der Invalidenversicherung angulieren bzw. durch den Ausbau derselben zu erreichen.

Die Demokratisierung der Versicherung ist in allen ihren Zweigen durchzuführen. In der Krankenversicherung ist der Einfluß der Versicherten und die Selbstverwaltung noch am besten gewahrt, namentlich in den Ortskrankenkassen. Bei den Betriebskrankenkassen und Innungskrankenkassen kann von einer maßgebenden Beteiligung der Versicherten an der Verwaltung schon nicht gesprochen werden und bei den Gemeindekrankensversicherungen fehlt diese überhaupt gänzlich. Letztere bilden bekanntlich überhaupt keine selbständige Organisation und heißen weder Generalversammlung noch Vorstand. Ihre Verwaltung wird ganz allein von den Gemeindebehörden wahrgenommen. Dabei ist zu bedenken, daß rund ein Drittel der oben genannten Zahl der deutschen Krankenkassen solche rückständigen Gemeindekrankensversicherungen sind. Wir wünschen die Durchführung der Selbstverwaltung so wie bei den Ortskrankenkassen, nur sollen einige einschränkende Bestimmungen, wie z. B. § 42 Abs. 3 des Krankenversicherungsgesetzes, wonach Kassenfunktionäre von den Behörden ihres Amtes entbunden werden können, beseitigt werden. In der Invalidenversicherung ist die Verwaltung „paritätisch“, wenigstens bei den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten, welche bekanntlich die Träger dieser Versicherung sind. Bei den Vorständen dieser Anstalten, welche fast die ganze Verwaltung in den Händen haben, kommen außer den gleichzeitigen Vertretern der Versicherten und der Unternehmer noch die Vertreter der Regierung hinzu, welche vielfach in der Mehrheit sind, so daß von einem nennenswerten Einfluß der Vertreter der Versicherten auf die Verwaltung der Invalidenversicherung nicht gesprochen werden kann. Die gedachte Vertreterschaft bildet daher nur eine Dekoration. Noch schlimmer ist es aber in der Unfallversicherung. Die Berufsgenossenschaften werden u. a. von den Unternehmern verwaltet, und ist eine Vertretung der Versicherten nicht vorhanden. Nur bei der Beratung der Unfallverhütungsvorschriften sollen solche hinzugezogen werden. Das ist aber nicht nur eine recht nebensächliche, sondern auch eine recht seltene Mitbeteiligung. Die einheitliche Verwaltung der Berufsgenossenschaften durch die Unternehmer äußert sich besonders dadurch, daß die Entschädigungen an die Verletzten von Jahr zu Jahr geringer werden. Eine durchgreifende Unfallverhütung ist ebenfalls ausgeschlossen.

Die zu fordern Demokratisierung darf sich aber nicht nur auf eine größere Vertretung und Selbständigkeit der Versicherten in den Verwaltungskörperschaften beschränken, sie muß auf die Rechtsprechung ausgedehnt werden. Die Rechtsprechung in der Krankenversicherung erfolgt durchgängig ohne Teilnahme der Versicherten, sie ist teils den Verwaltungsbehörden, teils den ordentlichen Gerichten übertragen, also Instanzen, die keine große Willkür für eine sachgemäße Erledigung

der Streikfragen abgegeben. Auch die Schiedsgerichte für die Unfall- und Invalidenversicherungs-Streitigkeiten müssen unabhängig werden von den Berufsvereinigungen und Versicherungsanstalten. Besonders ist das hinsichtlich der Vorständen dieser Gerichte zu fordern, die von den genannten Versicherungsträgern noch besetzt werden. Schließlich muß das Reichsversicherungsamt auch demokratisiert und seine Zuständigkeit mit auf das Gebiet der Krankenversicherung ausgedehnt werden, für die es heute noch an einer einheitlichen obersten Rechtsprechungsinstanz für das ganze Reich fehlt.

Der Kreis der Versicherten muß bei sämtlichen Versicherungszweigen bedeutend erweitert werden. Vorzuschlagen ist, daß sämtliche erwerbstätige Personen der Versicherung unterworfen werden. Man kam im Zweifel sein, ob man überhaupt eine Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht vorsetzt und auf wie hoch man sie normiert. Gegenwärtig beträgt sie bekanntlich 2000 Mark auf das Jahr berechnet. Bei der fortwährenden Entwertung des Geldes müssen aber mindestens 5000 Mark gefordert werden. Im übrigen liegt es mit dem Kreis der versicherungspflichtigen Personen in der Krankenversicherung noch sehr im argen. Ausgeschlossen von ihm sind noch die häuslichen Dienstboten, die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Hausgewerbetreibenden usw. Der Invalidenversicherungspflicht unterliegen noch nicht diejenigen Personen, die keinen barren Lohn bekommen, die Hausgewerbetreibenden und selbständigen Gewerbetreibenden, die wiederholt verlangt haben, der Versicherung zugeführt zu werden. Von der Unfallversicherung ist noch das gesamte kleine Handwerk ausgeschlossen, mit Ausnahme derjenigen wenigen Berufe, die im Gesetz besonders aufgeführt sind.

Die Leistungen endlich sind in allen drei Versicherungszweigen noch sehr minimal. In der Krankenversicherung müssen wir auf die allgemeine Familienfürsorge dringen, obwohl Zweifel entstehen können, ob dies Bezügen mit Rücksicht auf die Forderungen der Ärzte zeitgemäß ist. Als Kompensation ist eine gesetzliche Regelung der Arztfrage — aber nicht eine solche nach den Wünschen der Ärzte! — zu verlangen. Weiter ist zu fordern der Ausbau der Mutterchaftsfürsorge in der Krankenversicherung und in der Invalidenversicherung eine Erhöhung der Renten. Ueber die Frage der Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Altersrente faun man geteilter Meinung sein. Nützlicher wird es sein, es bei dem 70. Lebensjahr zu belassen, dafür aber den Bezug der Invalidenrente zu erleichtern. Eine ganze Reihe praktischer Gesichtspunkte, die hier des Raummangetes wegen nicht auseinandergesetzt werden können, sprechen dafür. Auch in der Unfallversicherung müssen die Leistungen erhöht werden.

In einem zweiten Artikel werden wir auseinandersetzen, wie sich die bürgerlichen Parteien und die Regierung zu diesen Forderungen stellen.

Internationales.

Ungarn. In Budapest sind die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Minieranstalten am 31. Oktober in den Streik getreten, weil sie sich mit den Arbeitgebern nicht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen einigen konnten. Als eine Folge dieses Streiks kam wohl die Kündigung aller in Kontobuchfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen seitens der Arbeitgeber angesehen werden. Nach Ablauf von 14 Tagen, also am 14. November, würde im letzteren Falle die Aussperrung beginnen, falls keine Einigung zustande kommt.

Für Zinierer und Kontobucharbeiter gilt daher die Mahnung, den Zugang nach Budapest streng zu verhindern.

Schweiz. Der Zentralvorstand des schweizerischen Buchbinderverbandes schreibt eine neue Urabstimmung über die Frage der Verschmelzung des Verbandes der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen des graphischen Gewerbes und des Buchbinder-Verbandes aus. Bekanntlich hat sich die Mehrheit beider Verbände auf den Delegiertenversammlungen für die Verschmelzung ausgesprochen. Die nochmalige Ausschreibung einer Urabstimmung wurde bedingt durch die eigentümliche Stellungnahme der Sektionen beider Verbände, welche trotz den einmütig gefaßten prinzipiellen Entscheidungen ihrer Delegiertenversammlungen es zum Teil nicht einmal für nötig fanden, auf den ihnen vorgelegten Statutenentwurf einzugehen und sogar jenen gefaßten Beschlüssen angefochten haben, wodurch jede weitere Arbeit und die Unkosten sich kaum rechtfertigen ließen. Trotzdem ist zu wünschen, daß die erneute Urabstimmung die endgültige Verschmelzung bringt, durch welche beide Verbände nur gewinnen können.

Schweden. Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß die aussperrungswütigen schwedischen Arbeitgeber versuchen, Deutschland mit Streikarbeit zu überschwemmen. Vor allem ist es die Kontobuch-

branche, welche mit Streikarbeit bedacht wird. Wir eruchen unsere Kollegen allerorts, streng auf etwaige Streikarbeit zu achten.

Bericht vom 2. Gautag des Gau 13.

(Abgehalten am 25. Oktober in Neustadt a. S.)

Tagesordnung:

- 1. „Die Kleinarbeit in den Gewerkschaften“ Referent: Arbeitersekretär Wöttger-Mannheim.
2. Bericht des Gauvorstandes
3. Berichte der Zahlstellen und Vertrauensmänner.
4. Unser Beitrags- und Unterstützungswesen. Referent: Kollege Armbrust.
5. Agitation.
6. Anträge und Wünsche.

Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit nachfolgender Delegierten und Gäste: Schmidt, Wehner, Schultzeis = Mannheim; Böhmer, Schröder-Geidelberg; Huber = Winter, Veigel = Kaiserslautern; Hausmann = Koblenz; Huber Grünstadt; Gertner = Worms; Kimmel = Neustadt; Salting = Saarbrücken; Trüb = Sulzbach; Mühlhäusler = Kreuznach; Dacht = Kirchheim = Volanden; Fein = Kirchheim b. Heidelberg als Vertreter der Einzelmitglieder. Vom Gauvorstand waren anwesend die Kollegen Secht, Armbrust und Despagne. Entschuldigt durch Krankheit: Hegamer-Pirnaens und Rälber = Dberstein = Jdar. Als Gäste waren anwesend die Kollegen Schall und Hofscheda = Kaiserslautern; Goll, Vundenthal und Eröbel = Neustadt; Kammerer und Peters = Grünstadt. Ferner ein Vertreter des Gewerkschaftsartells Neustadt.

Der Bauvorsitzende Secht eröffnet um 10 Uhr die Sitzung mit einer kurzen Begrüßung. Die hierauf vorgenommene Bureauwahl ergab: Secht erster, Kimmel zweiter Vorsitzender, Wehner und Huber-Winter Schriftführer. Nach einer Begrüßungsrede des Kollegen Kimmel sowie des Vertreters des Gewerkschaftsartells Neustadt, welche besten Erfolg wünschten, gibt Secht den Geschäftsbericht, in welchem er ausführlich, daß er die Geschäfte des Gauvorstandes mit den Kollegen Schrimpff und Süßer am 1. Januar 1905 übernommen habe. Früher habe Kollege Schmidt die Geschäfte allein geführt, die Arbeitsteilung habe sich zum Teil sehr gut bewährt. Die Aufgabe, vor die er gestellt, sei keine leichte, da der Gau XIII der größte und somit am schwierigsten zu bearbeiten sei. Der Mitgliederbestand betrug beim Antritt 71 männliche, 6 weibliche. Der Gauvorstand war bestrebt, den Mitgliederbestand zu heben, und wurden auch an einzelnen Orten gute Resultate erzielt. In Dberstein = Jdar wurde nach der ersten Versammlung 1906 guter Erfolg erzielt, verschiedene Neuaufnahmen gemacht, darunter auch eine Anzahl weiblicher Mitglieder. Doch bald ging es wieder abwärts. Durch eine Metallarbeiterbewegung wurde auch der dortige Vertrauensmann, Kollege Dittus, betroffen und mußte er abreisen. Seit seinem Fortgang sind Fortschritte nicht zu verzeichnen, trotzdem sich der jetzige Vertrauensmann die größte Mühe gegeben hat. Auch in Frankenthal ging nach Abreise des rührigen Kollegen Eckhardt die Mitgliederzahl bis auf 2 zurück. Auch in Worms ist trotz Fleiß des Kollegen Gertner ein Rückgang bis auf 2 zu verzeichnen. In Kaiserslautern waren die Bemühungen mit bestem Erfolg gekrönt, so daß am 1. Januar 1908 eine eigene Zahlstelle gegründet werden konnte. Ebenso sind die Verhältnisse in Saarbrücken vorzüglich zu nennen, so daß die dortigen Kollegen ebenfalls in der Lage sind, am 1. Januar 1909 eine eigene Zahlstelle zu gründen. Auch in Sulzbach sind die Verhältnisse gut, namentlich was Lohn- und Arbeitsverhältnisse anbelangt. In Pirnaens wurden unsere Hoffnungen zunichte. Kollege Fischer, durch Anführung von Mißständen eines Betriebes in einer Versammlung von dem betreffenden Geschäft verlagert, legte sein Amt als Vertrauensmann nieder. Seitdem sind Erfolge nicht mehr zu verzeichnen. Die Zahlstelle Grünstadt mußte wieder, nachdem die Mitgliederzahl bis auf 4 herabgesunken war, aufgelöst und eine Vertrauensmannstelle errichtet werden. Es herrscht hier die größte Frucht und Angst vor dem gestrengen Fabrikpasha, Herrn Schäffer. Trotzdem hat sich nach Auflösung der Zahlstelle der Mitgliederstand wieder wesentlich erhöht. Von den Vertrauensmannstellen Neustadt, Kreuznach, Schwellingen und Bruchsal gehört der größte Teil der dort beschäftigten Kollegen dem Verbande an. Einzelmitglieder stehen zurzeit in Zweibrücken, Saarlouis, Neunkirch, Kirchheim b. S., Speyer, Schifferstadt, Landau, Wittlich a. M., Trier, Pöhlkingen a. S., Lauterbach und Simmern. Was die Lohn- und Arbeitsverhältnisse anbelangt, ist im Gau ein nennenswerter Verbesserung erzielt worden. Zum Schluß führte Kollege Secht noch an, daß wohl der Gauvorstand sowie die Gaumitglieder ihre Pflicht

getan haben, und spricht den Kollegen, welche eifrig für den Verband gearbeitet haben, seinen Dank aus.

Der Massenbericht des Kollegen Armbrust nebst Mitgliederbewegung lag den Delegierten in ausführlicher Form vervielfältigt vor, und bemerzte hierzu Armbrust, daß die Ausgaben ziemlich hohe seien, namentlich was Porto und Kartellbeiträge anbelange. Vernehmlich soll am Porto mehr gespart werden. Ferner eruchte er die Vertrauensleute um pünktliche Abrechnung, so daß er in der Lage sei, am 10. des ersten Monats im Vierteljahre abrechnen zu können. — Secht bemerkt, daß der Gau XV sowie die Zahlstelle Kaiserslautern Mitglieder führe, welche dem Gau XIII gehören. So stehen in Sandel und Bruchsal Kollegen, welche vom Gau XV sowie Karlsruhe geführt werden. Um die weitere Agitation in diesen Orten kimmere sich aber niemand. Ferner bemerkt er, daß Koblenz wünscht, dem Gau XI zugeteilt zu werden. — Schmidt geht auf die Beschwerde näher ein und hält es nicht für richtig, daß ein Gau auswärtige Mitglieder führe. Betreffs Koblenz bemerkt er, daß, als er Vorsitzender des Gau es war, keine Stimmung vorlag, dem Gau XI zugewiesen zu werden. — Armbrust wünscht Beschluß zu fassen, „der Zentralvorstand möge vranlassen, daß ein Gau fremde Mitglieder nicht führe“. Diefelbe Meinung äußert Peters, der es für statutenwidrig hält. Er gibt aber die Schuld der schlechten Gaueinteilung. — Schultzeis bemerkt, daß der Gau XIII denselben Fehler mache, indem Kollege Fein in Mannheim arbeite und Mitglied des Gau es ist.

Secht weist den Vorwurf zurück. Er habe Fein schon oft erucht, in die Zahlstelle zu steuern. Fein führt an, daß es ihm so bequem sei; wenn es aber nicht angänglich sei, würde er auch in die Zahlstelle steuern. — Huber-Winter begründet eine Resolution, nach welcher jeder Kollege dahin zu steuern hat, wo der Wohnsitz ist. — Peters und Schmidt sprechen dagegen. Secht bemerkt, daß ihm auf Anfrage beim Verbandsvorstand berichtet worden sei: wo ein Mitglied arbeite, dahin hat es zu gehen. Auch er halte dies für richtig und bittet, den Antrag anzunehmen, welcher besagt, daß der heutige Gautag der Ansicht ist, daß der Verbandsvorstand die nötigen Schritte zu tun hat, und die Mitglieder an die zuständige Stelle berweise. Dieser Antrag wurde angenommen.

Inzwischen war der Arbeitersekretär Wöttger eingetroffen und hielt seinen Vortrag über: „Die Kleinarbeit in den Gewerkschaften“. Er führte aus: Die Gewerkschaftsbewegung sei in den letzten Jahren bedeutend in die Höhe gegangen, jedoch habe das Wachstum mit dem inneren Ausbau nicht Schritt gehalten. Er erinnert an die Worte Böhmelsburgs: „Wir brauchen Ruhe“, d. h. daß wir verärgert haben, uns innerlich zu festigen. Unsere Bestrebungen gehen dahin, eine bessere Gesellschaftsordnung zu schaffen, wo nicht einige im Überflusse und die große Mehrheit in Not und Elend leben. Redner bespricht dann weiter die gegnerischen Gewerkschaften. In erster Linie seien die Christlichen von ihrer früheren Meinung weit abgekommen, so daß auch sie in den Klassenkampf hinüberzogen. Die Christ-Dunderschen Gewerkschaften seien im Aussterben begriffen. Eine weitere gegnerische „Gewerkschaft“, welche nicht erst zu nehmen ist, mit der jedoch gerechnet werden muß, ist die gelbe Gewerkschaft. Redner schildert alsdann, wie der Vorstand einer Verwaltung zusammenge stellt sein soll, hängt doch von ihm sehr viel ab zum Gedeihen einer Verwaltungsstelle. Vor allem werde bei der Wahl der Vorsitzenden meist der Fehler gemacht, daß man den wählst, der am meisten redet resp. das große Wort führt. Man solle sich dadurch nicht beeinflussen lassen, sondern für diesen Posten einen geeigneten Mann wählen. Beim Kassierer solle man auf Ehrlichkeit sehen oder nicht einen wählen, welcher in finanziellen Nöten ist und den die Kasse dann ins Unglück führen kann. Ferner soll der Kassierer ein pünktlicher Mann sein. Der Schriftführer muß die nötige Bildung besitzen, ein Protokoll zu schreiben, das nicht mit allem Möglichen ausgefüllt ist und die Hauptfrage weggelassen ist. Der Gesamtvorstand muß zusammen ein großes Ganzes bilden, der sich über Beschlüsse einig sein muß, anderenfalls die selben in der Versammlung ihre Wirkung verlieren. Wenn keine Einigkeit zu erzielen sei, wolle man den goldenen Mittelweg. Von der Tagesordnung ist alles Nebenwichtige wegzulassen, damit den Mitgliedern der Versammlungsbesuch nicht verleidet wird. Ist kein Stoff für die Tagesordnung vorhanden, dann nehme man die Nachzeitung zur Hand, welche interessanten Stoff genug bietet. Des ferneren ist es Aufgabe des Vorsitzenden, die Mitglieder zu veranlassen, sich zur Sache zu äußern. Dem gewöhnlich wird in der Versammlung wenig gesprochen, desto mehr aber nach dieser am Viertel. Die Hauptaufgabe des Vorstandes sei, die Mitglieder über die kulturellen Aufgaben aufzuklären, auf Lehrreiche Veranstaltungen aufmerksam zu machen, dergleichen soll auch auf die Bibliotheken aufmerksam gemacht werden, die Schulbibliothek ist zu ver-

bannen. Ein jedes Mitglied sei zu einem Agitator zu erziehen. Redner empfiehlt ferner systematische Abhaltung von Werkstättenversammlungen. Ferner soll sich ein jeder Gewerkschafter auch politisch organisieren, denn die Interessen der Arbeiter müssen auch im Reichstag, bei der Gesetzgebung usw. vertreten werden. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine interessanten Ausführungen.

Hierauf erfolgten die Berichte der Zahlstellen.

Schultheis - Mannheim - Ludwigshafen: Nennenswertes sei nicht zu berichten. Im besonderen betont er die Aneignung in der Zahlstelle, welche einen ständigen Wechsel der Vorsitzenden und eine Abnahme der Mitglieder zur Folge hatte, was sich jedoch im letzten Halbjahr, dank der Agitationskommission, gebessert habe, so daß eine Zunahme von 20 Mitglieder zu verzeichnen ist. Die Zahlstelle zählt 125 Mitglieder. Der Versammlungsbesuch ist im großen und ganzen ein schlechter zu nennen, namentlich von Seiten der Kollegen. In den Kartonnagenfabriken herrscht ein schlechter Geist, so daß wir hier ständig zu arbeiten haben. Der eingeführte Lohnnachweis hat sich nicht bewährt, da er von den Prinzipalen nicht frequentiert wird. — Schmidt berichtet hierauf von der letzten Lohnbewegung in Mannheim-Ludwigshafen. Näheres anzuführen wird sich erübrigen, da die Bewegung und ihre Erfolge allorts bekannt sein dürfte. Er warnt vor der Annahme, hier würden glänzende Löhne bezahlt. Was wir errungen haben, macht die Teuerung wieder wett, so daß von einer eigentlichen Lohnsteigerung nicht gesprochen werden kann.

Schroder - Heidelberg: Die Zahlstelle wurde 1903 gegründet und ist bis jetzt auf 29, darunter vier weibliche, Mitglieder angewachsen. Der Versammlungsbesuch war ein guter. Eine projektierte Lohnbewegung ist im Sande verlaufen, da es sich herausgestellt, daß es erst wohl einer größeren Agitation bedürfte. Es arbeiten in 9 Buchbindereien 37 Gehilfen, davon 16 organisiert, 4 Gehilfen in anderen Betrieben, davon 2 organisiert. Der Durchschnittslohn beträgt 21,80 Mk., die Arbeitszeit sechzig Stunden. Einen Mißstand für das Gedeihen der Zahlstelle bildet der große Wechsel.

Kegel - Kaiserslautern: Die Zahlstelle wurde am 1. Januar 1908 gegründet und haben sich die Hoffnungen, welche man bei der Gründung in die Zahlstelle gesetzt, vollständig erfüllt. Die Zahlstelle erhebt einen Lokalbeitrag von Männlichen von 10 Pf., von Weiblichen von 5 Pf. pro Woche und gewährt dafür einen Arbeitslohnzuschuß. Leider sei aber zu früh angefangen worden, so daß die Mittel nicht zureichend erschienen. Eine stille Lohnbewegung hat vollen Erfolg gehabt. Es wurde ein einheitlicher Lohn erzielt, und zwar nach der Lehrzeit 18 Mk., nach einem Jahr 20 Mk., nach 2 Jahren 21,50 Mk., sowie 3 Jahre nach der Lehrzeit 23 Mk. — Huber-Winter ergänzt diese Ausführungen. Die Arbeitszeit beträgt 9 bis 10 Stunden, die Löhne 18—30 Mk., der Durchschnittslohn 23—24 Mk. Ein Mißstand sei, daß sich Einheimische beschäftigen werden, welche, um nur nicht von der Mutter fort zu müssen, zu jedem annehmbaren Lohn arbeiten.

Hausmann - Koblenz: Koblenz wurde im Mai 1904 Zahlstelle. Es seien in Koblenz 8 Mitglieder, in Neuwied 16 Mitglieder, daselbst hat auch eine Lohnbewegung stattgefunden und wurden Löhne von 20—26 Mk. erzielt. Die Verhältnisse in Koblenz sind schlecht. Die Schuld daran treffe die Gewerkschaft, welche sich nicht um sie kümmere.

Huber-Grünstadt: Wir haben jetzt 9 Mitglieder. Es ist hier schlecht zu organisieren, da die Kollegen von der Gesangsübungsfabrik von Schäffer eine große Furcht haben, so daß ein jeder einen großen Bogen um den Vertrauensmann macht. — Peters ergänzt diesen Bericht. Bei Schäffer arbeiten 30—40 Gehilfen, davon sind 3 organisiert; in der Gesangsübungsfabrik von Nibel sind 9 Gehilfen, davon 6 organisiert. Daß die Kollegen bei Schäffer selbst der Ansicht sind, daß Verbesserungen geschafft werden müssen, beweist, daß sie versuchten, auf eigene Faust eine Arbeitszeitverkürzung zu erlangen, was aber nicht gelungen ist. Schuld an der Auflösung der Zahlstelle sei die letzte Lohnbewegung gewesen, dieselbe sei zu früh angefangen worden und dadurch verfracht. Die Arbeitszeit beträgt hier 10 Stunden.

Gerlner - Worms: In Worms sind die Geschäfte zurückgegangen, so daß dort insgesamt nur noch circa 9 Buchbinder beschäftigt werden, gegen 24 von früher. Die Verhältnisse sind schlechte zu nennen. Auch mit Agitation läßt sich nichts erzielen. Man versuchte von Seiten der Prinzipale, die Agitatoren aus Worms hinaus zu drängen und zu behaupten, mit 14—15 Mk. könne man ganz gut auskommen. Organisiert waren 1904: 7—8 Kollegen, 1906: 5 bis 6 Kollegen, 1907: 2—3 Kollegen.

Klein - Neustadt: Als er nach Neustadt gekommen, sei es ihm gelungen, 7 Kollegen für den Verband zu gewinnen. Auch hier sind die Geschäfte

zurückgegangen, so daß nur noch 6 Kollegen beschäftigt werden, davon 4 organisiert. Die Löhne sind: 30, 29, 25, 24 und 20 Mk.; die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Weibliche Mitglieder sind schlecht zu gewinnen, da der Wechsel zu groß ist.

Salting - Saarbrücken: 1906 hatte Saarbrücken 6 Mitglieder und ist bis auf 13 herangewachsen, so daß sie beabsichtigten, eine eigene Zahlstelle zu errichten. Die Verhältnisse sind in jeder Beziehung gute. Entlohnt werden die Kollegen mit 21—35 Mk. Es sind eine Anzahl älterer Kollegen beschäftigt, welche für den Verband nicht zu haben sind. Der Zusammenhalt der organisierten Kollegen ist gut.

Fröhs - Sulzbach: Hier selbst sind 3 Kollegen organisiert. Die Arbeitszeit beträgt 9—9½ Stunden. Die Löhne schwanken zwischen 24—26 Mk. In der Nähe ist eine Kartonfabrik, die schwer zu bearbeiten ist.

Dahl: Kirchheimbolanden ist von 1 Mitglied auf 5 gestiegen. Auch hier fällt es erschwerend für die Agitation ins Gewicht, daß zuviel Einheimische beschäftigt sind. Löhne werden bezahlt von 12 bis 24 Mk. Redner hofft in nächster Zeit, den Mitgliederbestand zu erhöhen.

In Firmasens bestehen 5 Buchbindereien und 4—5 Kartonnagenbetriebe. Zwei Buchbindereien beschäftigen Gehilfen. Die Arbeitszeit beträgt sechzig Stunden, der Lohn 21—26 Mk. Organisiert ist kein Gehilfe. In einer Kartonnagenfabrik werden 15 männliche und circa 25 weibliche Arbeiter beschäftigt, drei der Arbeiter sind gelernte Buchbinder. In diesen Betrieben hatten wir früher einige Mitglieder, welche uns aber wieder verloren gingen. Der häufige Wechsel des Personals läßt uns hier nicht recht Fuß fassen. In Buchdruckereien sind 7 Gehilfen beschäftigt. Dieselben haben eine Arbeitszeit von 5½ Stunden.

Nach diesen Berichten geht Recht kurz darauf ein. Er erwähnt: Schultheis habe den Bericht von Mannheim-Ludwigshafen einheitlich (einseitig? Die Red.) gegeben, und weist er den Vorwurf zurück, daß er zu feinsinnig sei. Uebrigens sei es nicht Sache des Gantages, näher auf die Verhältnisse einzugehen, sondern Sache einer dortigen Versammlung. Der Bericht von Kaiserslautern sei erfreulich, nur sei es traurig, wenn sich Kollegen mit 20 Wochen Reste freiden lassen und noch dazu Hausarbeiten besorgen. In Worms herrschen die traurigsten Verhältnisse. Es schaffen die Kollegen sogar nach Feierabend ohne jegliche Vergütung.

Ueber den nun folgenden Punkt der Tagesordnung „Agitation“ erfolgte eine lebhaftere Debatte. Ein Antrag Kaiserslautern besagt, den Gau in Agitationsbezirke einzuteilen; die Kommissionen haben mindestens zweimal im Jahre mit dem Gauvorstand zusammenzutreten. Nachdem vom Gauvorstand sowie vom Kollegen Schmidt erklärt wird, daß die Agitationsbezirke bereits bestehen und schon auf dem letzten Gantag beschlossen worden sind, zieht Huber-Winter diesen Antrag zurück und wird, nachdem noch Kegel, Mühlhäusler, Armbrust und Peters dazu gesprochen haben, ein Antrag Kimmel angenommen, welcher besagt, die Bezirkseinteilung bestehen zu lassen.

Armbrust referiert sodann über „Unser Beitrags- und Unterstützungswesen“. Je höher die Beiträge, desto besser die Organisation und desto besser die Unterstützung. Die Unterstützungsfrage sei eine Agitationsfrage. Redner sei früher ein Gegner des Staffelbeitrags gewesen. Er habe angenommen, daß die meisten Kollegen in die niedrigste Klasse steuern würden; darin habe er sich aber zu seiner Freude getäuscht, da die große Mehrzahl der Kollegen in die höchste Klasse steuern. Die am 1. Oktober in Kraft getretene Krankenunterstützung bietet einen guten Agitationsstoff für ältere am Ort angelegene Kollegen. Auch die Invalidenunterstützung habe sich gut eingeführt; auch hier steuere ein großer Teil der Kollegen in dieselbe. Ein Mißstand nur ist zu verzeichnen, indem die Beiträge nicht verbucht würden. Wenn eine Invalidenbeitragskarte verloren geht, dann wisse man nachher nicht, wieviel Beiträge geleistet sind. Der Gantag möge hier beim Zentralvorstand für eine Aenderung vorstellig werden. Weiter kommt Redner auf die Gantasse zu sprechen. Um dieselbe zu stärken sei ein Extrabeitrag einzuführen und der Antrag des Gauvorstandes anzunehmen, welcher lautet: „Die Einzelmitglieder zahlen 10 Pf. pro Mitglied und Quartal, die Zahlstellen 1 Proz. der Beiträge.“ Es erfolgte eine erregte Debatte. Die Vertreter der Zahlstellen Mannheim-Ludwigshafen und Heidelberg sind gegen einen Beitrag der Zahlstellen, da ihre Lokalkassen kaum zur Bekleidung der notwendigen Ausgaben am Ort ausreichen. Auch haben sie kein Recht, hierfür zu stimmen, ohne die Mitglieder ihrer Zahlstelle gehört zu haben. Der Antrag wird alsdann dahin abgeändert, die Zahlstellen zu ersuchen, nach ihren Kräften einen Beitrag für die Gantasse zu leisten. Dieser Antrag wird angenommen.

Huber-Winter begründete hierauf den Antrag Kaiserslautern: Einführung eines Gaureglements. Geht hält diesen Antrag für überflüssig, da im Statut ein Gaureglement vorgesehen sei, während Armbrust ihn für eine Beherrschung des Gauborstandes hält. Schmidt bittet ebenfalls, diesen Antrag abzulehnen. Derselbe binde dem Vorstand die Hände und ergebe Unlust zur Arbeit. Huber-Winter zieht hierauf den Antrag zurück.

Ein anderer Antrag Kaiserslautern, den Gauvorstand zu verpflichten, für jedes Geschäftsjahr über seine Tätigkeit und die wichtigsten Vorkommnisse im Gau in der „Buchbinder-Zeitung“ Bericht zu erstatten, wird ohne Debatte angenommen.

Ueber die Abhaltung von Gantagen liegen verschiedene Anträge vor. Huber-Winter wünscht, den Gantag stets vor dem Verbandstag stattfinden zu lassen, desgleichen Armbrust. Schmidt will den Gantag nach Bedarf abgehalten wissen. Eher sei der Gantag nach dem Verbandstage abzuhalten, um die neuen Beschlüsse des Verbandstages zu erörtern. Angenommen wird ein Antrag Peters, den Gantag nach Bedarf und etwas öfter abzuhalten.

Einen weiteren Antrag, den Arbeitsnachweis der Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen zu beauftragen, an die einzelnen Orte im Gau stets ein Verzeichnis der offenen Stellen zu senden, begründet Goll-Neustadt. Schultheis bittet, über diesen Antrag hinwegzugehen, da sich der Arbeitsnachweis nicht durchführen läßt. Derselben Meinung sind Geht und Despang, welcher auch, da er den Arbeitsnachweis ein Jahr geführt hat, darüber berichtet. Huber-Winter will das Anschauen verbieten, um die Prinzipale zu zwingen, unseren Arbeitsnachweis zu benutzen. Mühlhäusler wünscht, daß die Arbeitgeber immer auf den Arbeitsnachweis aufmerksam gemacht werden. Schultheis bemerkt, man könne das Anschauen nicht verbieten, sonst würden wir bald in allen Geschäften meist Unorganisierte stehen haben. Kimmel beschwert sich über die lässige Führung des Arbeitsnachweises und führt er einen Fall an, welcher sich aber dahin auflöst, daß die Schuld an den betreffenden stellungsuchenden Kollegen lag. Der Antrag betr. Arbeitsnachweis wird hierauf abgelehnt.

Weiter liegt noch ein Antrag vor, welcher dahin geht, Koblenz dem Gau 11 zuzuweisen. Geht bemerkt hierzu, daß der Gantag hierzu nicht kompetent sei und empfiehlt er nachfolgende Resolution:

„Der heute in Neustadt stattfindende 2. Gantag des 13. Gaues betrachte die Zahlstelle Koblenz-Neuwied solange als zum 13. Gau gehörig, bis der nächste Verbandstag hierin eventuell eine Aenderung trifft.“

Hausmann kam sich hiermit nicht einverstanden erklären, da der Gau 13 noch nichts für sie getan habe; noch nicht einmal ein Schreiben habe er für sie übrig gehabt. Redner befragt sich weiter über den Verbandsvorstand; auch dieser gehe auf ihre Bitte, sie dem Gau 11 zuzuweisen, nicht ein. Schmidt legt klar, daß an dem schlechten Vorwärtskommen der Zahlstelle Koblenz nicht der Gau 13 schuld sei. Seitdem Koblenz Zahlstelle sei, komme sie nicht mehr vorwärts. Er hält es für falsch, immer gleich eine Zahlstelle zu gründen. Er stellt weiter fest, daß Koblenz von keinem anderen Gau besser bedient werden könne, als vom Gau 13. Geht bemerkt, daß er von Koblenz keine diesbezügliche Beschwerden erhalten habe, sonst hätte er sich früher der Sache angenommen. Er wird aber dafür sorgen, daß für Koblenz mehr getan wird und sich auch in dieser Beziehung an den Verbandsvorstand wenden.

Nachdem Kimmel noch auf das Handbuch des Verbandes aufmerksam gemacht hat, und dasselbe zur Anschaffung empfiehlt, schließt Geht mit einem warmen Appell an die Delegierten, das Gehörte zu verwerken, sowie einem Hoch auf den Verband den Gantag abends 1/8 Uhr.

Die Schriftführer: Huber-Winter. M. Wehner.

Korrespondenzen.

Schweden: Stockholm und Eskilstuna sind gesperrt.

Norwegen: Gesperrt sind Borsgrund und Etien.

Ungarn: Infolge Lohnbewegungen sind gesperrt: Arab, Dös, Raab, Miskolc, Großwardein und Temesvár; für Mastrierer: Budapest.

Ärnten: Gesperrt ist Agram.

Die wirtschaftliche Krise macht es unseren Mitgliedern mehr als je zur Pflicht, vor jedem Stellungwechsel bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuholen. Die bestehenden tariflichen Abmachungen müssen strengstens ein-

gehalten werden, und darum ist es unerlässlich, daß Vorstehendes genau beachtet wird.

In Karlsruhe, Baden, Düsseldorf, M.-Glabbach und Köln befindet sich unsere Kollegen-schaft in einer Tarifbewegung. Bei eventuellem Stellenwechsel resp. Arbeitsangeboten aus diesen Städten wende man sich unter allen Umständen an die betreffenden örtlichen Bevollmächtigten um Auskunft.

Magdeburg. Die Lohnbewegung bei der Firma L. Sperling u. Co., die schon in unserem letzten Bericht in Nr. 43 der Zeitung erwähnt wurde, ist inzwischen durch Abschluß eines Tarifvertrages beendet worden. Zwar entspricht das Ergebnis der Verhandlungen nicht den Erwartungen, die wir auf sie gesetzt hatten, aber es bedeutet immerhin einen Schritt vorwärts, insbesondere deshalb, weil die Herabsetzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden, bei Fortzahlung des bisher bei 9 1/2stündiger Arbeitszeit gezahlten Wochenlohnes, seitens der Firma zugestanden wurde.

Auch die Minimallöhne für männliche Arbeiter erfuhren eine kleine Erhöhung gegen die bei der Firma bisher üblichen, tariflich nicht festgelegten Anfangslöhne. Ein Minimallohn für Arbeiterinnen konnte leider nicht festgelegt werden, weil es nicht gelang, zu einer Verständigung hierüber zu kommen, was in der Praxis allerdings von untergeordneter Bedeutung ist, weil seitens der Firma Arbeiterinnen in Wochen- oder Stundenlohn nicht beschäftigt werden.

Die hauptsächlichsten Punkte des zwischen der Firma L. Sperling u. Co. und dem Vertreter unserer Organisation abgeschlossenen Tarifvertrages sind folgende:

1. Neunstündige Arbeitszeit unter Beibehaltung der bisher bei 9 1/2stündiger Arbeitszeit gezahlten Wochenlöhne.
2. Minimallohn für männliche Arbeiter:
 - a) im ersten Halbjahr nach beendeter Lehrzeit nach freier Vereinbarung;
 - b) im zweiten Halbjahr nach beendeter Lehrzeit pro Woche 18,75 Mk., pro Stunde 35 Pf.;
 - c) nach dem ersten Gehilfenjahr pro Woche 20,35 Mk., pro Stunde 38 Pf.;
 - d) nach dem zweiten Gehilfenjahr pro Woche 23,25 Mk., pro Stunde 43 Pf.;
 - e) nach dem dritten Gehilfenjahr pro Woche 24,10 Mk., pro Stunde 45 Pf.
3. Affordarbeiten sind nach den zurzeit üblichen Sätzen zu bezahlen. Diese Preise sind schriftlich festzulegen und müssen allen Beschäftigten zur Einsichtnahme zur Verfügung stehen.
4. Die gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage sind allen Arbeitern und Arbeiterinnen zu bezahlen.
5. Ueberzeitarbeit wird mit 25 Proz., Sonntagsarbeit mit 33 1/3 Proz. Aufschlag bezahlt.
6. Zur Vertretung des Personals gegenüber der Geschäftsleitung wird ein Arbeiterausschuß gewählt.
7. Der Tarif tritt sofort in Kraft und bleibt in Gültigkeit, bis eine allgemeine Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen am hiesigen Platze erfolgt.

Diese letztere Bestimmung erschien unserem Vertreter deshalb geboten, weil wir uns angesichts der verhältnismäßig niedrigen Minimallöhne für männliche Arbeiter und des gänzlichen Fehlens von Minimallöhnen für Arbeiterinnen nicht auf längere Zeit an die getroffenen Abmachungen binden konnten.

Die Aufgabe aller Kollegen und Kolleginnen wird es nun sein, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die Organisation nicht nur in ihrer bisherigen Stärke erhalten, sondern immer weiter gestärkt wird, damit wir in absehbarer Zeit zu einer allgemeinen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen am Ort gelangen.

Karlsruhe. Am 24. Oktober hielt die Zahlstelle eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Frey aus Stuttgart hatte das Referat „Der Verlauf unserer Tarifbewegung“ übernommen. Der Referent kam zuerst auf die Tarifbewegung in unserm Gewerbe im allgemeinen zu sprechen, um sodann auf die jetzige Bewegung am Orte überzugehen. Die Lohnkommission versuchte mehrmals, aber leider vergebens, einen einseitigen Tarifvertrag mit der Organisation der Buchdruckereiprincipale sowie mit der Buchbinderinnung abzuschließen. Da diese Versuche gescheitert sind, so blieb der Kommission nichts anderes übrig, als mit den einzelnen Firmen einen Vertrag abzuschließen. Wie die hiesige Kollegen-schaft unterrichtet war, so glaubten wir, im Jahre 1905 einen einseitigen Tarif abgeschlossen zu haben. Daß dem nicht so war, mußten wir erfahren, als wir bei den einzelnen Firmen vorstellig wurden. Verschiedene Firmen erklärten, mit uns keinen Tarif abgeschlossen zu haben, und wo dies der Fall war, so hatte jede einzelne

Firma eine andere Bestimmung aus dem Tarif gestrichen. Ein einheitlicher Tarif bestand dem Sinne nach nur mit der Buchbinderinnung und auch hier sind Änderungen von einzelnen Firmen zu verzeichnen. Wie aus den Akten der Lohnbewegung 1905 ersichtlich, konnte von einem einseitigen Tarif keine Rede sein. Von einzelnen Firmen, namentlich den Buchdruckereien, lagen überhaupt nur Schreiben vor, daß betreffende Firmen die festgelegten Minimallöhne bezahlen, von einer Tarifunterschrift war bei diesen Firmen überhaupt keine Rede. So ist das Resultat auch in diesem Jahre. Ja im Grunde genommen ist, trotzdem keine Verhandlungen stattfanden, sogar mehr erreicht worden, als im Jahre 1905. Daß mit der Innung diesmal keine Verhandlungen stattfanden, daran ist nicht die Lohnkommission schuld, sondern der derzeitige Obermeister Hoffmann, der an Verschleppungskunst leistete, was hier überhaupt zu leisten war. Trotzdem haben wir von zwölf Innungsfirmen die unterschriftliche Anerkennung des Tarifs erhalten. Von den Buchdruckereien liegen auch wieder Schreiben vor, daß sie die betreffenden Löhne bezahlen. Die Minimallöhne waren vorher 17, 18 und 21 Mk. und sind jetzt auf 18, 20, 22 und 23 Mark gestiegen. Die erhöhten Löhne sind bereits schon in sämtlichen Betrieben am Orte in Kraft getreten.

Ein Schmerzenskind haben wir auch in diesem Jahre gehabt: die Firma Gutsch, Hofbuchdrucker. 1905 standen sechs männliche und eine weibliche Person im Streit, und zwar bei Innungsmeistern, diesmal waren es fünf Kollegen bei obengenannter Firma. Gätten wir rechtzeitig die uns schon im Frühjahr versprochene Hilfe des Verbandsvorstandes gehabt, so wäre vielleicht auch dieser kleine Streit vermieden worden. Tatsächlich wurden wir dieses Jahr von unseren Verbandsbeamten im Stich gelassen; es wurden Briefe und Depeschen gewechselt, von unseren angestellten Funktionären ließ sich keine hören. So handelte die Lohnkommission nach ihrem eigenen Gutachten, und stellte den Kollegen der Firma Gutsch anheim, die Arbeit niedergulegen, da dreimalige Verständigungsversuche mit der Firma gescheitert waren. Während im Jahre 1905 diese Firma den Abmachungen der anderen Buchdruckereifirmen gefolgt war, so stellte sich dieselbe diesmal auf den Standpunkt, uns an die Organisation der Buchdruckereiprincipale zu verweisen, obwohl dieselbe wußte, daß mit dieser Organisation nichts zu erreichen war.

Zu der Diskussion, während welcher die Versammlung gegen den Verbandsvorstand sehr aufgebracht war, weil dieser uns die Streikunterstützung für diesen kleinen Streit verweigerte, da wir nicht die Genehmigung hierzu eingeholt hatten, wurden scharfe Redewendungen gegen denselben gebraucht, daß derselbe den Tarifstädten immer die Mittel bereit stellt, während eine Zahlstelle der Provinz zu einer Lohnbewegung fast gar keine Unterstützung zu erwarten hat. Die Kollegen der hiesigen Zahlstelle werden dies dem Verbandsvorstand noch lange ins Gedächtnis zurückrufen. Die Versammlung, die bis 12 Uhr dauerte, nahm zum Schluß folgende Resolution mit allen gegen zwei Stimmen an:

„Die Buchbinderversammlung erklärt nach Entgegennahme des Referats vom Kollegen Frey die Lohnbewegung vorläufig für beendet in der Erwartung, daß die bereits von einem Teil der Herren Arbeitgeber zugesagten Unterschriften des Tarifs noch erfolgen. Die Versammlung bedauert das Verhalten eines Teils der Mitglieder der hiesigen Innung der Buchbindermeister, welche sich einem Tarifabschluß widersetzen. Unerlässlich ist der Versammlung dieser Standpunkt um so mehr, als fraglicher Teil fast keine Gehilfen beschäftigt. Die Versammlung billigt den mit bereits zwölf Firmen unterschriftlich abgeschlossenen Tarifabschluß und erwartet, daß sämtliche Berufsangehörige für strikte Einhaltung desselben eintreten werden.“

Am 31. Oktober fand nun unsere vierteljährliche Generalversammlung statt, die ebenfalls einen Verlauf nahm, der dem Verhalten des Verbandsvorstandes abermals zuzuschreiben ist. Trotz nochmaligen Ersuchen an denselben, legte er wiederum ab, die Streikkosten von 150 Mk. auf die Verbandskasse zu übernehmen. Daraufhin legten die gesamte Ortsverwaltung inkl. der Lohnkommission ihre Forderung nieder. Scharf kritisiert wurde auch die persönliche Spitze, die der Verbandsvorstand gegen den Vorsitzenden der Zahlstelle in seinem Schreiben darlegt. Eine Neuwahl wurde nicht vorgenommen, so daß die Zahlstelle jetzt verwaist ist. Ein Kollege erklärte sich bereit, die weiteren Schritte mit dem Verbandsvorstand bezw. Ausschuss vorzunehmen. Die Kollegen der Zahlstelle hoffen nun, daß es diesem Kollegen gelingt, daß die Angelegenheit mit dem Verbandsvorstand auf friedlichem Wege baldigst gelöst wird, damit die Zahlstelle keinen

Schaden erleidet, andernfalls hätte der Verbandsvorstand die Konsequenzen hiervon zu tragen.

(Anmerkung der Redaktion: Die Angriffe auf den Verbandsvorstand sind vollständig unangebracht, denn wie aus dem Bericht selbst hervorgeht, befand sich dieser vollständig in seinem Recht, da die Genehmigung zum Streik nicht eingeholt war. Die fortgesetzten Vorwürfe, daß die „Provinz“ vernachlässigt wird, haben die letzten Jahre genügend widerlegt, wie das ja auch aus dem heutigen Aufruf hervorgeht. Daß aber die Verwaltung der Zahlstelle Karlsruhe den Verbandsvorstand durch die einseitige Amtsniederlegung die Pistole auf die Brust setzt, ist ein starkes Stück und glücklicherweise gehören solche Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung zu den Seltenheiten. Der Verwaltung der Zahlstelle Karlsruhe bleibt es unbenommen, sich leichsinnig vergebend an den Ausschuss zu wenden. Ihre Pflicht aber ist es, auf dem ihnen übertragenen Posten auszuharren und die Entschädigung des Verbandsausschusses abzuwarten. Auch wenn diese im ungünstigen Sinne ausfällt, steht immer noch die Beschwerde an den Verbandstag offen, was auch die Verwaltung der Zahlstelle Karlsruhe wissen dürfte. Uebrigens liegen die Dinge auch nicht ganz so, als wie es in dem vorliegenden Bericht dargestellt wird. Kollege Dietrich-Stuttgart war von Anfang an bereit gewesen, die Karlsruher Kollegen zu unterstützen. Aber Kollege Dietrich ist von den Karlsruher Kollegen immer erst so spät benachrichtigt worden, daß es ihm zumeist unmöglich war, zur rechten Zeit in Karlsruhe zu sein. Weiter war aber auch der Verbandsvorstand bereit, den Karlsruher den Kollegen Weinländer zur Verfügung zu stellen, von welchem Angebot die Karlsruher jedoch keinen Gebrauch machten. Es ist also nicht Schuld des Verbandsvorstandes, sondern die der Karlsruher Verwaltung selbst, daß jetzt diese ungewöhnlichen Zustände eingetreten sind. Die unzeitige Amtsniederlegung der Karlsruher aber ist ganz entschieden zu verurteilen, und ist es nur zu wünschen, daß diese ihren Fehler einsehen und ihre Funktionen weiter ausüben, wie sich dies für gutorganisierte Arbeiter ziemt.)

Karlsruhe. In der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ ist gesagt worden, daß der Streik bei der Firma Gutsch um deswillen aufgehoben werden mußte, weil sich genügend Arbeitswillige fanden. Das ist insofern nicht ganz zutreffend, als die Ursache zur Aufhebung des Streiks darin bestand, daß sich ein Buchbindermeister fand, der die Arbeiten der Firma Gutsch übernahm und fertigstellte.

Kathenow. Am Sonntag, den 25. Oktober, fand in Kathenow eine öffentliche Versammlung statt, in der Brucks-Perlin über: „Die Bestrebungen der deutschen Etuisfabrikanten“ referierte. Vom Gauverband waren Lemser und Gerber, von der Zentralkommission der Etuisarbeiter Hoffmann und Wendt erschienen.

Brucks führte aus, daß er mit Freuden dem Wunsch nachgegeben sei, hier in Kathenow zu sprechen und die Verhältnisse kennen zu lernen. Die Entschädigung der Fabrikantenvereinigung ist erst neueren Datums, und wurde die Vereinigung gegründet, um, wie es im § 1 des Statuts heißt, unberechtigte Forderungen der Arbeiter abzuwehren. 74 Fabrikanten mit 1100 Arbeitern sind der Vereinigung angeschlossen. In Kathenow ist auch eine der größten Firmen dem Verbands beigetreten, und zu erwarten wäre, daß die anderen Fabrikanten nicht abseits stehen bleiben. Die Bewegung der Berliner Etuisarbeiter hat es bewiesen, daß wir als ein geschlossenes Ganzes ein Faktor sind, mit dem zu rechnen ist. Denn nur unsere Geschlossenheit war es zuzuschreiben, daß die Forzbeimer Arbeitgeber mit der geplanten Vohrduktion kein Glück hatten. Der Deutsche Buchbinderverband, in welchem die Etuisarbeiter organisiert sind, ist ein Machtfaktor geworden innerhalb unserer Industrie, und unsere Tarifabschlüsse beweisen es ja zur Genüge. Brucks schloß mit einem Appell an die Anwesenden, mitzuarbeiten und zu agitieren zum Wohle des Verbandes.

In der sich anschließenden Diskussion sprach Stübing seine Freude darüber aus, daß endlich ein langgehegter Wunsch in Erfüllung gegangen sei, denn mit den Berliner Etuisarbeitern zusammenzukommen, war eine Notwendigkeit. Die Zahlstelle Kathenow, die 122 Mitglieder zählt, hat, seitdem sie dem Deutschen Buchbinderverband angeschlossen, schöne Erfolge zu verzeichnen. Während vor 1907 Löhne von 15-18 Mk. gezahlt wurden, ist es gelungen, durch die Lohnbewegung einen Minimallohn von 21 Mk. zu schaffen und auch die Preise für die Artikel, die im Afford hergestellt werden, festzulegen. Die Arbeitszeitverlängerung auf 10 Stunden ist ein Erfolg, auf den die Kathenower Kollegen stolz sein können. All das ist aber nur erreicht worden durch ein geschlossenes Zusammenarbeiten.

Kollege Hoffmann-Berlin forderte die Kollegen durch fertige Werk auf, für die Organisation zu agitieren. Auch in Berlin seien die Verhältnisse nach Verbesserungsbedürftig. Kollege Renner forderte die Anwesenden auf, sich an der Zahlstelle Lüdenschalbe ein Beispiel zu nehmen, und wenn wir im nächsten Jahre zum Gantag nach Mathenow kommen, hoffen wir, daß die Hausagitation so erfolgreich gewesen ist, daß sich die Mitgliederzahl in Mathenow verdoppelt hat. — Zum 25jährigen Stiftungsfest der Zahlstelle Berlin wurde Salge delegiert.

Abrechnungen

Dem 3. Quartal gingen weiter bis zum 3. November bei der Verbandskasse ein: Annaberg-Buchholz 830 Mk., Briesg 180 Mk., Dören 202,20 Mk., Erfurt 160 Mk., Essen 145 Mk., Ehlingen 100 Mk., Göttingen 50 Mk., Heilbronn 564,85 Mk., Karlsruhe 100 Mk., Köln 231,85 Mk., Konstanz — Mk., Kottbus 240 Mk., Lüdenschalbe 76,63 Mk., Magdeburg 623,12 Mk., Mainz 130 Mk., Mannheim-Ludwigs-hafen 337,60 Mk., Rforzheim — Mk., Rosen 85,85 Mk., Potsdam-Nowawes 150 Mk., Ruhl 7,05

Mart, Saalfeld 91,15 Mk., Stettin — Mk., Stuttgart 700 Mk., Würzburg 157,85 Mk., Gau VIII 550 Mk., Gau IX 115-Mk. und vom Gau XV mit 250 Mk.

Nach nicht abgerechnet haben: Naden, Fleisburg, Heidelberg, Hildesheim, Koblenz, Zwidau und Gau III (Stettin).
E. Gaucien.

Bekanntmachung. Köln.

Während der Tarifbewegung wird an Durchreisende kein Lokalaufschlag mehr gegeben.
Die Ortsverwaltung.

Etuisarbeiter und -Arbeiterinnen!

Unterzeichnete Kommission ersucht die Kollegen-schaft Deutschlands, sie mehr wie bisher zu unterstützen, sei es durch Vermittelung von offenen Stellen oder durch steten Hinweis, daß die arbeitslosen Kollegen unserer Nachweis benutzen möchten.
Ebenso ersuchen wir die Kollegenschaft, etwaige Vorkommnisse in Betrieben oder Orten, welche für

uns in Betracht kommen, bestimmt und sobald als möglich uns mitzuteilen.

Zentral-Kommission und Zentral-Arbeitsnachweis der Etuisarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
J. M. Albert-Kulikowski,
Niedorf, Kaiser-Friedrichstraße 77, IV.

Briefkasten.

G. J. in L. Der Betrag für diese Privat-inserate muß bei der Aufgabe des Inserats mit ein-gefordert werden. — G. M. in F. Das kann ich Ihnen nicht so ohne weiteres versprechen. Da muß ich vor allem erst Kenntnis von der Sache nehmen. Der Andrang ist augenblicklich ziemlich groß. — R. L. in K. Die vorliegende Notiz dürfte Ihnen genügen. Uebrigens verächtigen Sie einen gänzlich Unschul-digen. Der Missetäter war ich. — G. R. in D. Für die Auskunft danke ich. — H. U. in W. Nein. — Zurückerstattet infolge Raummangels wurden: Die Entwicklung der Zahlstelle Berlin II, Korre-spondenzen aus Nürnberg und Köln, sowie Rund-schau.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hll.sk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Sonnabend, den 7. November 1908, abends 9 Uhr:

General-Verammlung

im Kassenlokal, Stephansbrücke 33.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Selbständig arbeitender

Buchbinder

aus der Bonbücher- und Kellnerblock-Fabrikation gesucht. Offert. unter Chiffre A. St. 109, Berlin, Postamt 12.



Hebelschneide-Maschinen.

51 cm Schnittlänge mit oder ohne Untergestell. Bewährte Konstruktion.

Sehr preiswert

Verl. S e Off. von Karl Biedlingmeyer,

G. m. b. H., Maschinenfabrik, Allbach a. Neckar, Württemberg.



Buchbindereibedarf

Papier- u. Lederwaren

Kostenfreier

Arbeitsnachweis für Buchbinder

O.Th. Winckler, Leipzig

LEIPZIG.

Sonnabend, den 14. November 1908

Großes Herbstfest

in sämtlichen Räumen des „Albertgarten“

unter Mitwirkung des Lippsa-Orchesters :: des Buchbinder-Männerchors :: Eugen Morré's Leipziger Burlesken-Ensembles :: der Charles Frank-Troupe und des Radfahrer-vereins „Wanderlust“, Stötteritz

Programms, im Vorverkauf 25 Pf., sind bei allen Vertrauensleuten sowie im Bureau zu haben

Nach dem Konzert: BALL

Mockau-Leipzig.

Alter Gasthof.

Sonntag, den 8., und Montag, den 9. November, in sämtlichen Räumen des Etablissements:

Große Ortskirmse

Sonntag:

Große Kirmstuchen-Polonäse.

Montag:

Polonäse mit Ueberraschungen
(Die Königin der Nacht.)

Speisen und Getränke in bekannter Güte.

Es ladet ergebenst ein

Max Haupt und Frau
früher L.-Neuditz, Grenzstraße 24.

Perfekter Etuisarbeiter

per sofort gesucht von

W. Junler,
Etuisfabrik, Büsch V.

Gesucht a. j. Ort Buchbinder, w. Vertr. hochleg. Neuh. erstl. Weisnachts-artikel übern. Hoh. Verdienst. Kostl. vollst. kosten. a. jedern.

Herm. Wolf, Zwidau Sa., Nordstr. 30.

Einsendungen für die Zeitung sollen bis spätestens Dienstag früh in den Händen der Redaktion sein, nur kleinere Zuschriften und Inserate können bis Dienstag Abend Berücksichtigung finden.